

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus für die Zeit v. 4. Jan. bis 10. Jan. 45 Reichspf. Einzelverkaufspreis: 10 Reichspfennige

Redaktion: Johannisstr. 46

Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigengebühr für die achtgestaltene Beilage über deren Raum 20 Reichspf., auswärts 25 Reichspfennige, Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige, Reklamen 80 Reichspfennige

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 6

Donnerstag, 8. Januar 1925

32. Jahrgang

Die deutsche Antwortnote.

Berlin, 7. Januar.

Die deutsche Antwort an die alliierten Botschafter auf die Note der alliierten Regierungen zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter!

Im Namen der deutschen Regierung beehre ich mich, Ihnen auf die dem Reichkanzler am 5. Januar übergebene Note über die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandszone folgendes ergebenst mitzuteilen:

Die Note bestätigt die Befürchtungen, die die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr infolge dessen erhobenen dringenden Vorstellungen entschlossen die alliierten Regierungen sich, die nördliche Rheinlandszone am 10. Januar nicht zu räumen. Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebiete durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu einer militärischen Besetzung von solchem Umfange und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die alliierten Regierungen die Besetzung jetzt noch über die vertragsmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie sich über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein.

Sie haben damit dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt.

Seine Hoffnung, jetzt endlich an die Konsolidierung seiner Verhältnisse, an eine ruhige Zusammenarbeit mit anderen Völkern heranzugehen zu können, ist schwer erschüttert. Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage, beschränken sich indes einstweilen darauf, diese Verfehlungen allgemein anzudeuten. Nach Ansicht der deutschen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, auf die die alliierten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre.

Durch ihr Verfahren nahmen die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen.

Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch einer Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandszone mit dem Stande der deutschen Abrüstung zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Es ist richtig, daß Artikel 429 des Versailler Vertrages die Räumung des besetzten Gebietes zu den dort vorgesehenen Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungen das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch

genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Besetzung entspricht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzung kann im vorliegenden Falle unter keinen Umständen die Rede sein. Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in dem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich die Befugnis zu Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angekündigt worden sind.

Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein.

Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf das eine nicht außer acht gelassen werden, bei einem Vertrage, der wie der Versailler Vertrag nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist und der dem einen Teil auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den besetzten Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Bereinigung solcher Streitpunkte ist

nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung

herbeizuführen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz zeigte, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. Nur, wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch bei der Entwaffnungsfrage von dem gemeinsamen Interesse der europäischen Länder an der Fortführung jener Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung der durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konflikte zu gelangen.

Genehmigen Sie usw.

gez. Stresemann.

*

Das Wesentliche der deutschen Antwortnote scheint uns zu sein, daß sie keine Antwort ist.

Ob es taktisch richtig ist, die Widerlegung der alliierten Anklagen, auf deren Schwere wir gestern hingewiesen haben, zu verzagen, das mag dahingestellt bleiben. Für den Eindruck im Ausland ist es ganz bestimmt nicht günstig.

Hoffentlich nutzen die verantwortlichen Instanzen — und dazu gehört u. E. in erster Linie der Reichstag — die Zwischenzeit aus, um im Innern energisch nach dem Rechten zu sehen.

Das Parlament hat alle Möglichkeiten zu einer gründlichen und unparteiischen Feststellung der Zustände bei der Reichswehr. Es geht nicht an, daß er sich auf das verläßt, was ihm eine gar nicht mehr im Amt befindliche Regierung mitzuteilen für gut hält.

tive die Verzögerung der Räumungen, durch die die Konsolidierung des Friedens verhindert wird. Sie nimmt davon Kenntnis, daß die angeschlossenen Parteien Englands, Belgiens und Frankreichs entschlossen sind, ihre Bemühungen, den militärischen Besetzungen ein Ende zu bereiten, fortzusetzen, ebenso wie die deutsche Sozialdemokratie ihren Kampf gegen Rüstungsversuche fortzuführen wird.

Haftbefehl gegen die Barmats erlassen.

Das Verfahren gegen Jakob Michael eingestellt.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Haftbefehl gegen die Brüder Henry, Julius und Jaak Barmat erlassen. Der vierte Bruder Salomon ist infolge seines ungünstigen Gesundheitszustandes auf freien Fuß gesetzt worden. Im Anschluß daran ist der Haftbefehl auch auf eine Reihe von Personen ausgedehnt worden, die in die Barmat-Angelegenheit verwickelt und bisher nur festgenommen worden waren. Weiter hat der Staatsanwalt die Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gegen die Gebrüder Barmat, den Ministerialdirektor Raab, Oberfinanzrat Hellwig usw. eingeleitet. Die Gebrüder Barmat selbst haben aus ihrer holländischen Stammfirma bedeutende Mittel herangezogen, um ihre Verbindlichkeiten bei den verschiedenen Instituten, besonders bei der Preussischen Staatsbank zu decken und die eingeleitete Stützungsaktion für die Barmatschen Unternehmungen durchzuführen.

Gegen den bekannten Finanzier Jakob Michael vom Michael-Konzern, dessen Name in der Seehandlungs-Affäre oft genannt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft die Untersuchung eingeleitet mit der Begründung, daß die von Michael genommenen Zinssätze die damals üblichen Sätze waren.

Reichstagspräsident Löbe.

Im ersten Wahlgang gewählt.

Zwar gibt es im Deutschen Reichstage schwerlich einen Abgeordneten, der nicht wüßte, daß Paul Löbe der fähigste Mann für den Präsidentenposten ist, aber es blieb doch bis in die Stunde der Abstimmung ungewiß, ob der deutsche sozialistische Arbeiter die kaiserliche Exzellenz verdrängen werde. Von rechts her kamen immer wieder Bemühungen, das Zentrum gegen die Wahl Löbes einzunehmen. Die Deutschnationalen wären sogar bereit gewesen, für den demokratischen Zentrumsmann Fehrenbach zu stimmen, wenn dieser und seine Fraktion sich zu der kleinen Verschwörung gegen die Wahl eines sozialdemokratischen Präsidenten hergegeben hätten. Fehrenbach und seine Partei aber winkten ab. Nun schlugen die Deutschnationalen ihren Wallraf, die Volksparteier Freiherrn v. Kardorff vor. Stichwahl zwischen Löbe und Wallraf scheint beinahe unvermeidlich. Der umständliche Wahlakt beginnt. Jeder Abgeordnete wird aufgerufen und muß selbst seinen Stimmzettel in die Urne geben. Unter lauten Privatgesprächen der Mitglieder der langweilige Namensaufruf vor sich. Nichts mehr von geschäftiger oder höhnischer Demonstrationen, wie einst im Mai, wenn einer der besonders umstrittenen Abgeordneten vortritt. Die Wölfschen, bei denen Lubendorff auch heute fehlt, sind artig. Die Kommunisten rufen nicht einmal Protest bei denen ihrer Abgeordneten, die im Gefängnis sitzen. Endlich das Ergebnis: 447 Stimmen. Davon 231 für Löbe, 112 für Wallraf, 51 für Kardorff, 35 für Thälmann, 11 Wölfsche für Westarp, eine Anzahl zerplittert und unglücklich. Sieg Löbes im ersten Wahlgang. Als er sich erhebt, um zur Tribüne hinaufzusteigen, bricht ein Beifallsturm in unierer Fraktion los, der sich bis in die Mitte des Hauses fortplant. Auch auf den Tribünen wird gefeiert. Die Wölfschen springen entzückt auf und verlangen die Räumung der Tribünen. Niemand achtet auf ihr Geschrei.

Der Reichstag atmet auf. Er hat wieder einen beherrschenden Präsidenten. Schon die ersten Worte Löbes zeigen ihn erneut als den Meister des parlamentarischen Präsidiums. Bekannt durch das Haus. Ein Arbeiter, ein Mann ohne akademische Würden, lehrt, wie der Vorsitz des Deutschen Reichstages zu handhaben ist. Selbst die Kommunisten, von denen einige ein wenig zu brüllen versuchen, werden still. Was Löbe verspricht, hat er in vier Jahren als Präsident oft durch die Tat gezeigt: Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, Schutz auch der kleinen Fraktionen, aber ebenso sehr Wahrung des Ansehens der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Mit besonders herzlichen Worten dankte der neue Präsident dem Alterspräsidenten Bod, der in der Tat in geschickter Art seines Amtes gewaltet hatte. Auch gegenüber dem bisherigen Präsidenten Wallraf stellte Löbe in seinen Dankesworten fest, daß dieser vor Schwierigkeiten gestanden habe, wie noch nie ein Präsident vor ihm.

Als erster Vizepräsident wurde der Deutschnationaler Graef-Führer gewählt. Er hat sich während seiner ganzen Parlamentstätigkeit als ein besonders geschäftiger, immer wieder in verletzenden Worten sprechender Gegner der Linken gezeigt. Die Sozialdemokratie beschränkte sich darum nicht darauf, weiße Stimmzettel abzugeben, sondern stimmte demonstrativ gegen ihn. Weitere Vizepräsidenten wurden der Zentrumsabgeordnete Bell und der Deutschvolksparteier Kießer durch Zurn. Beide gehörten auch schon dem Präsidium des vorigen Reichstages an.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Abg. Fehrenbach zur Beratung der Anträge auf Haftentlassung der kommunistischen Abgeordneten Hecker, Höllein, Urbahn, Pfeiffer und Rosenbaum, seine Fraktion sei bereit, für die sofortige Ueberweisung dieser Anträge an den Geschäftsordnungsausschuß zu stimmen. Wenn dagegen eine Debatte über die Anträge verlangt werde, so werde er für die Ablehnung von der Tagesordnung eintreten. Die Kommunisten hätten es also in der Hand, selbst die Beschleunigung der Haftentlassung zu erwirken, indem sie auf eine Debatte verzichteten. Auch Dittmann redete den Kommunisten in diesem Sinne zu. Niemand bezweifle die Dringlichkeit der Anträge. Der Geschäftsordnungsausschuß müsse schleunigst zusammentreten und die Anträge beraten. Präsident Löbe sprach in denselben Sinne. Er verwies insbesondere darauf, daß der kommunistische Abg. Urbahn seit acht Monaten sitze, ohne daß er prozessiert worden sei. Er halte es für die Pflicht des Präsidenten, zu untersuchen, durch wessen Schuld sich die Verzögerung eingestellt habe. Die Kommunisten, bei denen, wie Dittmann richtig sagte, die Regisseurin des Klamaufs, Frau Gohlke (Nulh-Fischer) inzwischen eingetroffen war, redeten und redeten gegen Fehrenbach und Dittmann unter den bei ihnen üblichen Schimpereien. Schließlich zeigte sich, daß ihre ganzen Reden wieder einmal nur Schauspiel gewesen sind, denn sie fügten sich dem, was Fehrenbach und Dittmann vorgeschlagen hatten. Die Anträge wurden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Für die Tagesordnung der Donnerstagssitzung regte Müller-Franken an, den sozialdemokratischen Munesticantrag auf die Tagesordnung zu bringen. Er warf bei dieser Gelegenheit die Frage auf, ob nicht auch ein in Demission befindliches Geschäftsministerium sich zu den schwebenden Fragen im Reichstag äußern könne, da diese selbe Regierung doch sehr weitgehende außen- und innenpolitische Handlungen vornehme. Nach längerer Aussprache wurde unser Antrag, auch die Annette schon am Donnerstag zu beraten, gegen die

Der Beschluß der Internationale über Köln.

SPD. Brüssel, 7. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Entscheidung, die von der Internationale zur Räumung der besetzten Gebiete am Dienstag angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die immer sich erneuernden Zwischenfälle, zu denen die Paragraphen des Versailler Vertrages über Abrüstung und internationale Kontrollmaßnahmen Anlaß geben, werden nicht eher aufhören als an dem Tage, wo die Verpflichtungen, die sie auferlegen, aufgehört einseitig zu sein und von allen Ländern unter internationaler Kontrolle aufgenommen werden. Die Exekutive fordert den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als Mittel zu einer internationalen Organisation der Abrüstung und des Friedens. Die Exekutive fordert weiter, daß die internationalen Völker durch Veröffentlichung des Berichts der Kontrollkommission über die Tatsachen aufgeklärt werden, mit denen man die Verlängerung der Besetzung rechtfertigen möchte. Sie konstatiert, daß die Bemühung deutscher Nationalisten und Militaristen, sich der Kontrolle zu entziehen und geheime Rüstungen zu schaffen, Bemühungen, wogegen die deutsche Demokratie energische Aktionen der Regierungen fordert, einerseits ernste Gefahren reaktionärer Unternehmungen gegen die Freiheiten des deutschen Volkes selber weckt und zugleich denen Vorwände liefert, die aus anderen Beweggründen die Ruhrbesetzung verlängern und die Besetzung Kölns über den im Versailler Vertrag festgesetzten Zeitpunkt hinaus zu verlängern bestrebt sind. Diese Politik trägt dazu bei, die Unsicherheit Europas zu verschärfen, indem sie die Nachbarländer auch zur Vermeidung der Rüstungen treibt. Unter diesen Umständen verurteilt die Exeku-

Klärung in der Preußentriste / Finsternis im Reich.

Ein entscheidender Beschluß des preußischen Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags schloß am Mittwoch abend gegen 6 Uhr ihre Aussprache über die politische Lage mit der Annahme einer Entschließung ab, die nach der partizipativen Fassung den folgenden Wortlaut hat:

„Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags hält die verfassungsmäßige Auslegung des Artikels 45 der preußischen Verfassung durch die Deutsche Volkspartei, wonach die Neuwahl des Landtags die Demokratisierung des Kabinetts zur Folge haben müsse, für unrichtig. Sie lehnt sich der Auffassung, die ihre Kabinettsmitglieder Am Jahnhoff und Hirscher in der Kabinettsitzung am 6. Januar vertreten haben, vollinhaltlich an.“

Dieser Beschluß des Zentrums wurde mit großer Mehrheit gegen einzelne Stimmen gefaßt. Die Führung der Mitte-reihte des Zentrums hatte der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Ihm zur Seite standen einzelne Landwirte aus Mecklenburg und Westfalen, während ein anderer Teil der Agrarier sich entschieden gegen den Bürgerblock einsetzte. Im Verlauf der Sitzung kam es wiederholt zu entzündlichen Ausführungen gegen Dr. Hermes. Insbesondere die Arbeitervertreter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet erklärten impetuos, daß sie gar nicht daran denken, einem Bürgerblock auch nur irgendwelche Unterstützung zu leisten.

Durch die Haltung der preußischen Zentrumsfraktion und die Stellungnahme des Zentrums im Reich bei der Wahl des Reichstagspräsidenten dürfte auch die für Donnerstag nachmittag angelegte Wahl des Landtagspräsidenten im gewissen Sinne entschieden sein. Es ist vorläufig anzunehmen, daß außer den Demokraten auch das Zentrum in Preußen für den von der Sozialdemokratie als stärkste Partei präsentierten Genossen Bartels stimmt und infolge der Stimmenzerplitterung unter Kandidat gewählt wird. Eine endgültige Entscheidung darüber dürfte das Zentrum am Donnerstag vormittag fällen.

Ueber die Bedeutung dieses Beschlusses schreibt der „Soz. Presbedienst“ u. a.:

„Wir betrachten diesen eigentlich selbstverständlichen Beschluß des Zentrums deshalb als eine Tat, weil er in dem bestehenden Wirrwarr und Raddelmudde endlich eine klare Linie zeigt und den Volksparteilern gemißfallen das jagt, was ihnen gerade vom Zentrum schon längst hätte erkärt werden müssen: Wir lassen uns von Euch nicht terrorisieren!“

Die Konsequenz der vom preußischen Zentrum gefaßten Entschließung ist, daß die Regierung Braun ohne Volksparteilerner schon in den nächsten Tagen vor den Landtag tritt und dort eine Regierungserklärung abgibt, die sich inhaltlich dem Programm der bisherigen großen Koalition anschließt. Die Volksparteilerner haben sich also nicht nur selbst aus der Preußenkoalition heraus-

manövriert. Sie laufen außerdem noch Gefahr, sich vor dem Volk und der Welt erneut in ihrer vollen Charakterstärke zu zeigen, indem ihnen Gelegenheit gegeben werden dürfte, gegen ein Programm zu stimmen, das sie vor drei Jahren einstimmig im Plenum des Landtages unterstützt und in diesem Sinne ihr Ministerium im Verlauf der letzten Jahre unter Billigung der Fraktion geardeitet haben. Vielleicht kehrt jetzt bei ihr die Vernunft wieder, denn schließlich wird auch sie einsehen müssen, daß auch ohne ihre Mitwirkung geht und die großen demokratischen Parteien keine Neigung haben, als ihre politischen Kinder oder Säuglinge zu gelten.

Von heute auf morgen dürfte das nicht der Fall sein. Es ist vielleicht anzunehmen, daß sich die Volkspartei zunächst für die Haltung des Zentrums in Preußen bei der Regierungsbildung im Reich rächt. In Preußen ist dazu vorläufig keine Gelegenheit gegeben; denn selbst, wenn die Deutschnationalen und Volksparteilerner gemeinsam mit den Westfälischen ein Minderstimmenvotum gegen die Regierung Braun einbringen würden, dürften sie ohne Erfolg bleiben. Die preußische Verfassung bestimmt, daß ein Minderstimmenvotum erst als angenommen gilt, wenn die Hälfte der Stimmen aller Abgeordneten für dieses Votum abgegeben wird. Dazu dürften es die Deutschnationalen und Volksparteilerner kaum bringen, denn einmal ist damit zu rechnen, daß niemals alle Abgeordneten der ausgesprochenen Opposition anwesend sind und zweitens die Wirtschaftspartei bzw. Mitglieder der Deutschen Volkspartei sich im Falle eines Minderstimmenvotums der Abstimmung enthalten. Die jetzige preußische Regierung ist zahlenmäßig zwar ein Minderheitskabinet, aber diese Minderheit mit 223 Stimmen von 450 Abgeordneten ist andererseits so stark, daß ihr eine Niederlage nur unter sonderbaren Umständen beschieden sein kann. Selbst wenn die im preußischen Zentrum befindlichen fünf oder sechs Anhänger des Bürgerblocks gegen die von ihrer Fraktionsmehrheit unterstützte Regierung stimmen sollten, was kaum anzunehmen ist, dürfte der gemeinsame Opposition von Links und Rechts ein Einzug des Kabinetts Braun ohne Volkspartei immer noch reichlich schwer fallen.

Mart am Ende seines Lateins.

Der Reichskanzler hat am Mittwoch abend dem Reichspräsidenten über die innerpolitische Lage Bericht erstattet, wie sie insbesondere durch die Entschließung der Deutschen Volkspartei, eine Regierung der Mitte nicht zu unterstützen, ergeben hat. Weitere Entwicklungen sind in dessen nicht gefallen und vor Donnerstag auch nicht zu erwarten.

Es ist zu erwarten, daß der Reichskanzler jetzt nicht mehr mit den Parteien über eine Regierungsbildung verhandelt. Vorläufig verneint, daß die Bildung eines Beamtenministeriums unter Führung des Reichskanzlers unter Beteiligung der Staatssekretäre als Minister in Aussicht steht. Der Reichskanzler dürfte für diesen Fall das Auswärtige Amt selbst übernehmen.

Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Es blieb bei der vom Präsidenten vorgeschlagenen Tagesordnung, die einstweilen nur geringfügige Berichtigungen enthält. Einer weiteren Anregung des Gen. Hermann Müller folgend, vertrat Straßmann, dem auswärtigen Ausschuß, sobald dieser konstituiert sei, Mustunft über die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zu geben.

Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.

Politische Amnestie.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Amnestieentwurf eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen:

§ 1.

- Es wird Straffreiheit gewährt für Straftaten, die 1. im Jahre 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern, 2. im Jahre 1921 im Zusammenhang mit den Märzunruhen, 3. im Jahre 1923 im Zusammenhang mit den durch die Inflation oder durch die Lebensmittelpenngel hervorgerufenen Unruhen oder mit dem Einrücken der Reichswehr in Thüringen und Sachsen oder zwecks Abwehr monarchistischer Bestrebungen oder im Zusammenhang mit Kundgebungen für die republikanische Staatsform, oder im Kampfe um die Lohn- und Preisgestaltung, 4. bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes durch Bekanntgabe des Reichens verbotener Organisationen oder von gewalttätigen Handlungen verbotener oder nicht verbotener Organisationen wurden.

§ 2.

Von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die Personen, die zur Durchführung der unter § 1 bezeichneten Straftaten oder im Zusammenhang mit denselben ein Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 R.St.G.B.), ein Verbrechen der schweren Körperverletzung (§§ 224-226 R.St.G.B.), ein Verbrechen des schweren Raubes (§ 251 R.St.G.B.), ein Verbrechen der Brandstiftung (§§ 306-308, 311 R.St.G.B.), ein Verbrechen der vorzüglich gefährlichen Gefährdung eines Eisenbahntransports (§ 315 R.St.G.B.), ein Verbrechen gegen § 321 Abs. 2 R.St.G.B. (schwere Körperverletzung durch Zerdrücken von Wälderhäuten) oder ein Verbrechen gegen die §§ 5, 6 des Gesetzes über den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichsgesetzbl. S. 61) begangen haben.

§ 3.

Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen nicht vollstreckt, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue nicht eingeleitet.

§ 4.

Gegen Beschlüsse des Gerichts, durch welche die Einstellung des Verfahrens abgelehnt wird, findet sofortige Beschwerde statt.

§ 5.

Bemerkte über Straftaten, die nach diesem Gesetz erlassen werden, oder über bereits verhängte Strafen, die unter dieses Gesetz fallen würden, sind im Strafregister zu tilgen.

§ 6.

Das Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

Interpellation über die Maschinenfabriken der Schwerindustrie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist die Regierung bereit, über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen und die Grundzüge, von denen sie sich dabei leiten läßt, Auskunft zu geben?“

Wird die Regierung laufend informiert über die Bestrebungen zum Abschluß internationaler Abmachungen in der Schwerindustrie und kann sie darüber Auskunft erteilen?“

Abbau der Regierarbeiten.

Wahrung des deutschen Interesses.

Das Organisationskomitee der Reichsbahngesellschaft beschloß, die leinerzeit bei der Regie beschäftigt gemessenen und von ihr übernommenen nichtständigen Hilfskräfte mit einer Geldsumme in Höhe von zwei Wochenlöhnen abzufinden. Ein Wochenlohn wird von der Reichsbahn und einer von der Regie bezahlt.

Die neue Regelung bedeutet für die Reichsbahn eine bemerkenswerte finanzielle Erleichterung. Den in Betracht kommenden Hilfskräften war leinerzeit bei der Verhandlung zur Liquidierung der Regie ein Vierteljahr Arbeit oder eine Abfindung in Höhe des Lohnes für ein Vierteljahr zugestanden. Mit der neuen Abfindungsregelung ist eine alte Streitfrage aus der Welt geschafft. Die alten Eisenbahner fühlten sich gegenüber den sogenannten „Auxiliaires“, die beim Abbau in besonderer Weise geschont werden sollten, zurückgesetzt.

Aus dem Saarland.

Dank an Branting. — Kommunisten untereinander.

Saarbrücken, 7. Januar. (Eig. Drafts.)

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschloß die Landratsversammlung am Mittwoch, folgendes Telegramm an den schwedischen Ministerpräsidenten Genossen Branting abzusenden:

Der Landestat für das Saargebiet hat mit Beirathen von Ihrer Fraktion erfahren. Er wünscht Ihnen, dem unentwegten Kämpfer für die Befreiung der Völker und Förderer der gerechten Wünsche der Saarbevölkerung, baldige Genesung. Die kommunistische Fraktion des Landrats hat sich entsprechend der augenblicklichen Kampfe im Saarkommunismus in zwei Teile. Dabei zeigte sich, daß die Anhänger der Zentrale gegenüber der aus der Partei ausgeschlossenen Opposition, die ihre Mandate nicht niedergelegt hat, sich in der Minderheit befinden. Die Opposition bezeichnet in ihrer Erklärung die Anhänger der Zentrale als „Stralche, die sich nicht lösen, abhangslose Besatzungsbesitzer niederzuschlagen“. — Im Abzuge wurde der Tag sozialpolitischer Fragen gewidmet.

Vorstoß der Beamtenverbände.

Die Parteien sollen Farbe bekennen.

Die Spitzenorganisationen der Beamten (Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund, Gesamtverband der Staatsangehörigen und Gewerkschaften) sowie eine Vertretung der Angehörigen haben am Montag gemeinsam zur Besoldungsfrage Stellung genommen. Die genannten Organisationen einigten sich auf eine Eingabe an den Reichstag und alle anderen in Betracht kommenden Instanzen, die nach im Laufe der Woche eingereicht werden wird. Die Eingabe fordert, daß die

katastrophale Besoldungsordnung vom November und Dezember v. J. abgeändert und das seit Juni 1924 bestehende Besoldungsunrecht beseitigt wird.

In den Reihen der Beamtenschaft ist man sehr gespannt darauf, welchen Eindruck die Eingabe auf die Fraktionen des Reichstages machen wird. Diese Spannung ist ein Zeichen dafür, daß die Beamtenschaft, und vor allem die unteren und mittleren Beamten, die ein für eine menschenwürdige Existenz hinreichendes Einkommen fordern, den Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien sehr skeptisch gegenüberstehen.

Der Schacher um die Reparationserträge.

SPD. Paris, 7. Januar. (Eig. Drafts.)

Die Interalliierte Finanzkonferenz ist am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr im Auswärtigen Amt in Paris zusammengetreten. Am Vormittag war ihr eine Unterredung zwischen dem englischen Schatzkanzler Churchill und dem französischen Finanzminister Clementel vorausgegangen, die einem offiziellen Meinungs-austausch über die interalliierten Schulden gegolten hat. Obwohl diese Frage auf Grund des amerikanischen Entschlusses von dem Programm der eigentlichen Konferenz abgesehen werden mußte, deutet doch bereits jetzt schon alles darauf hin, daß sie, ähnlich wie dies auf der Konferenz von Genua mit der Reparationsfrage der Fall war, die Auseinandersetzung unter den Alliierten entscheidend beherrschen wird.

Die Fragen, deren Diskussion besonders heikel und schwierig zu werden verpricht, beziehen sich vor allem auf die Revision des im Jahre 1921 auf der Konferenz von Spa aufgestellten Schlichtens für die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen unter den Alliierten. Vor allem drängt England nach Tilgung der belgischen Prioritätsansprüche — Belgien hat bereits rund zwei Milliarden Goldmark erhalten, was einer deutschen Gesamtzahlung von 25 Milliarden entsprechen würde — und danach, daß die Quote Belgiens, die in Spa auf 8 Prozent festgesetzt war, beträchtlich herabgesetzt wird. England schlägt für die nächsten Jahre 2 1/2 Prozent vor, während Belgien höchstens in eine Herabsetzung um 2 Prozent, also auf 6 Prozent, einwilligen würde. Weiterhin bestreitet die belgische Regierung aufs entschiedenste die englische Auffassung, daß die Prioritätsansprüche Belgiens durch die Einnahmen aus dem Ruhrgebiet endgültig getilgt seien. Sie macht vielmehr noch einen Anspruch von etwa 220 bis 250 Millionen Goldmark geltend.

Andererseits wird von den übrigen Alliierten, und zwar in erster Linie von Frankreich, der englische Anteil an den deutschen Zahlungen als zu hoch angesehen. Es wird dabei vor allem darauf hingewiesen, daß die Festlegung des Verteilungsschlüssels leinerzeit in einem Augenblick erfolgte, als man die von Deutschland zu erwartenden Zahlungen auf weit über 100 Milliarden Goldmark geschätzt habe. Demgemäß sei man der Auffassung gewesen, daß diese Summe außer zur Wiedergutmachung der materiellen Kriegsschäden auch zur Erstattung der Pensionslasten der einzelnen Länder ausreichen würde. Infolge der wesentlichen Verminderung der deutschen Zahlungen sei England, das selbst sehr geringe materielle Schäden erlitten habe, allein in der bevorzugten Lage, die Ausgaben für die Pensionslasten zu erhalten. Das aber sei ein so ungerechtes, als andere Länder, vor allem Frankreich und Belgien, nur einen Bruchteil dessen erhalten, was sie für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete aufwenden mußten. Die Einigung über diese Frage, in der sich die Interessengegenstände der einzelnen Alliierten am schärfsten gegenüberstehen, dürfte nicht ganz leicht werden.

Von besonderer Bedeutung dürfte in diesem Zusammenhang die Diskussion über den Gegenwert der von Deutschland aus dem Dawesplan zu erwartenden Zahlungen werden. Die Schätzungen der französischen Finanzkreise gehen auf rund 40 Milliarden Goldmark, von denen 35 Millionen für die Reparationen im eigentlichen Sinne verfügbar sein würden. Es ist der offizielle Tagesordnung der Konferenz stehen zwei große Fragen: 1. die Vereinfachung der Verzinsung, 2. die Regelung der von Deutschland bis zum

1. 9. 24 an die Alliierten bezahlten Beträge. 2. Die Verteilung der deutschen Jahreszahlungen aus dem Dawesplan. Beim ersten Punkt handelt es sich in erster Linie um die Verzinsung der deutschen Zahlungen während der Ruhrbesetzung. Aus einem von den französischen und belgischen Sachverständigen vorbereiteten Bericht geht hervor, daß das finanzielle Ergebnis der Besetzung für die Zeit vom 11. Januar 1923 bis 31. August 1924 sich auf 982 Millionen Goldmark beläuft. Davon entfallen 492 Millionen Goldmark auf Requisitionen und Sachlieferungen und 490 Millionen auf Barzahlungen. Die Kosten der Erhebung und der Verwaltung und die Besatzungskosten werden auf 184 Millionen Goldmark beziffert, so daß demnach der Reinertrag der Ruhrbesetzung mit 798 Millionen Goldmark angegeben wird. Diese Rechnung wird jedoch von den übrigen Alliierten angefochten. Es wird vor allem geltend gemacht, daß die Reinerträge aus Requisitionen und beschlagnahmten deutschen Material viel zu niedrig angesetzt seien. In Vorberathungen der Sachverständigen hat man sich dahin geeinigt, eine Nachprüfung dieser Rechnung durch die technischen Dienststellen der Reparationskommission vornehmen zu lassen. Diese haben ihren Bericht bisher noch nicht erstattet.

Im Zusammenhang damit steht ein anderes Problem, das die Konferenz lösen soll: Die Herabsetzung der unproduktiven Ausgaben der Besetzung. Ein interalliiertes Abkommen vom März 1922 hatte für die militärischen Besatzungskosten einen Höchstbetrag festgelegt, der sich damals auf etwa 200 Millionen Goldmark belief und zum heutigen Kurs des Franken umgerechnet etwa 160 Millionen Goldmark ausmacht. Dazu kommen die Sachleistungen Deutschlands an die Besatzungstruppen, zu denen Deutschland auf Grund des Rheinlandabkommens verpflichtet ist. Da diese sich auf etwa 120 Millionen Goldmark belaufen, macht das zusammen 280 Millionen Goldmark aus, so daß mehr als ein Drittel der ersten deutschen Jahreszahlung ausschließlich von den militärischen Kosten verschlungen wird. Die englische Regierung fordert deshalb mit großem Nachdruck die Herabsetzung dieser Ausgaben auf höchstens 100 Millionen Goldmark. Sie schlägt zu diesem Zwecke vor, daß die Besatzungsmächte künftig nur nach Anspruch auf Ersatz der Mehrkosten haben sollen, die ihnen aus der Unterhaltung und Verpflegung der Truppen außerhalb des eigenen Landes erwachsen. Im gleichen Verhältnis sollen auch die Ausgaben für die verschiedenen alliierten Organe im besetzten und besetzten Deutschland eine Herabsetzung erfahren. Auch in diesen Punkten wird sich eine Lösung unter den Alliierten nur nach sehr schweren Kämpfen finden lassen.

Politische Notizen.

SPD. Danzig, 7. Januar. In Danzig hat ein nationalisticischer Auszubentreich Anlaß zu einem diplomatischen Zwischenfall gegeben. Die Briefkästen der polnischen Postverwaltung sind am Dienstag nacht von unbekanntem Täter demoliert worden. Der Platz, an dem sich die Kästen befanden, war schwarz-weißrot angemalt. Der polnische Generalkonsul in Danzig hat dem Senat daraufhin eine Protestnote zugestellt, in der der Senat aufgefordert wird, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederkehr ähnlicher Aktionen zu vermeiden. Bei allen vernünftigen Leuten in Danzig wird das nationalisticische Heldentum einmütig verurteilt, weil dadurch nicht das geringste gewonnen, aber die Stellung Danzigs gegenüber Polen sehr geschwächt wird.

Konstanz, 7. Januar. Das Staatsdepartement erklärt offiziell, daß die Vereinigten Staaten bereit sind, sich an der Brüsseler Konferenz zur Regelung der interalliierten Schulden durch eine offizielle Delegation zu beteiligen.

Wien, 8. Januar. (Radio.) Der deutsche Gesandte in Wien ist bei der österreichischen Regierung wegen der Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Kay vorzeitig geworden. Die Haftentlassung wurde abgelehnt, jedoch haben die österreichischen Gerichtsbehörden die Beschleunigung des Verfahrens zugesagt. Ein Rechtsanspruch auf Haftentlassung besteht nicht, da die Immunität der deutschen Abgeordneten im Ausland nicht besteht.

Finanzskandal und Sensationsauschlachtung.

Eine Erklärung Severings.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt die nachstehende Erklärung mit, die ihm Staatsminister Severing auf seine Bitte übermittelt hat:

„Ein Teil der Reichspressen (allen voran die „Nationalpost“ und die „Deutsche Tageszeitung“) versucht, auch mich mit der Angelegenheit der Brüder Barmat in Verbindung zu bringen. Die „Nationalpost“ behauptet, daß ich mit anderen Sozialdemokraten im Barmat-Kongress gefesselt und „gera“ und oft an den Schlemmerfestlichkeiten Barmats teilgenommen habe.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ mißverstcht eine Bemerkung der „Berliner Volkszeitung“, um mich bei ihren Lesern in den Verdacht eines „unzulässigen Freundschaftsverhältnisses“ zu den Brüdern Barmat zu bringen. Das alles ist von Anfang bis zu Ende unwahr. Ich stehe weder in einem Freundschaftsverhältnis zu den Brüdern Barmat, noch in einem wie immer gearteten geschäftlichen Verhältnis zu ihnen. Es ist auch niemals von den Brüdern Barmat bei mir der Versuch unternommen, mich für ihre geschäftlichen Unternehmungen zu interessieren. Klagen über Kreditgewährung und Krediterschwerung bei öffentlich-rechtlichen Banken sind von Vertretern aller politischen Parteien bei mir erhoben und stets in voller Objektivität von den dazu berufenen amtlichen Stellen geprüft und beantwortet worden. Es sind auch wiederholt schon Verleumdungen unternommen worden — einmal unter Führung eines Abgeordneten der Rechtspartei — mich für die Unterföhrung von Lebensmittelschäften zwischen Klausenbüchern und Angehörigen höchster deutscher aristokratischer Kreise zu gewinnen. Aber wie in allen anderen habe ich auch in diesem (übrigens an sich nach meiner Meinung einwandfreien) Falle eine Verquickung meiner amtlichen und politischen Tätigkeit mit Geschäften abgelehnt. Von dieser Haltung bin ich nie abgewichen und werde ich nie abweichen.“

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 2. Januar eine Notiz unter der Spitzmarke „Bergrat Bartels — Vertrauensmann Severings“, die von einem Verdacht spricht, daß von oberer Anweisung gekommen sei, Bartels zu schonen. Die weiteren Bemerkungen der Notiz, nämlich daß Bartels durch mich als „mein Vertrauensmann“ in das Fremdenamt gekommen sei, sollen zweifellos den Eindruck erwecken, als ob ich an einer Schonung Bartels ein besonderes Interesse hätte. Ich stelle demgegenüber wiederholt fest:

1. Bartels ist nach Auflösung des Staatskommissariats für die öffentliche Ordnung auf Grund seiner Vorbildung und seiner Sprachkenntnisse mit der Leitung des Fremdenamtes betraut worden. Andere als sachliche Erwägungen haben bei seiner Ernennung keine Rolle gespielt.

2. Bartels ist so viel oder so wenig mein Vertrauensmann, wie etwa der Geheime Oberregierungsrat Dr. von Degenhard, der auf meinen Vorschlag vom Staatsministerium seinerzeit zum Deverwaltungsgerichtsrat ernannt worden ist, oder der Oberregierungsrat Regenborn, der in meiner Amtszeit die Bezeichnung Regierungsdirektor erhielt. Ich habe mit Bartels nie direkten amtlichen Verkehr gepflogen, seine schriftlichen Berichte sind stets vom Polizeipräsident dem Ministerium des Innern erstattet, seine mündlichen Vorträge habe ich nur in Gegenwart meiner Sachbearbeiter entgegengenommen. Ein darüber hinausgehender vertraulicher oder gar privater Verkehr hat nie bestanden.“

Die Reichsbank gesund.

Die Reichsbank teilt mit: Im Zusammenhang mit den zurzeit öffentlich erörterten Krediten der Preussischen Staatsbank haben einige Zeitungen die Meldung gebracht, daß auch Kredite der Reichsbank am Londoner Geldmarkt rückversichert seien. Diese Meldung ist in ihrem vollen Umfange und in jeder Beziehung unrichtig. Die Reichsbank hat keine wie immer geartete Rückversicherung von Krediten vorgenommen. Eine solche würde aus völlig dem Wortlaut und dem Sinn des Bankgesetzes mißbräuchlich sein. Im genannten Portefeuille der Reichsbank befinden sich für etwa 100 000 Reichsmark Inkassoscheine, auf denen sich neben anderen verbundenen, auch Namen aus dem Konzern eines der vorbezichneten Kreditnehmer befinden. Irigentlich andere Engagements der Reichsbank mit irgend einem der Vorbenannten bestehen nicht.

In den gleichen Zeitungsnutzen wird erwähnt, daß der Reichsbankpräsident angeblich eine Diskontomäßigung versprochen habe. Der in den Zeitungen abgedruckte Wortlaut der Rede des Reichsbankpräsidenten anläßlich der kürzlichen Bankiertagung, auf die offenbar angespielt wird, ergibt klar, daß der Reichsbankpräsident die Erörterung einer Herabsetzung des Diskontofußes erst dann für aktuell erklärt hat, sobald es gelungen sein werde, einen Privatdiskontomarkt zu geringeren Sätzen als den offiziellen Bankfuß zu schaffen.

Um die Kölner Zone.



„Mensch, vermassel mir nicht das Geschäft, bleib hier!“

Reichswirtschaftsrat und Achtfundentag.

Ergebnislose Beratungen — lahme Aussichten.

Aus dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat wick uns geschrieben:

Dem Reichswirtschaftsrat ist in den letzten Wochen mehrfach in der Presse der Vorwurf gemacht worden, sein sozialpolitischer Ausschuss habe für das von ihm erbetene Gutachten über die Arbeitszeit in den Hochöfenwerken, Kokerien und Kohlendestillationsanlagen eine zu lange Zeit gebraucht. Hierzu sei folgendes festgestellt:

Der Reichsarbeitsminister hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat am 18. September 1924 den Entwurf einer Verordnung zu § 7 der Arbeitszeiterordnung vom 21. Dezember 1923 überhandelt. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat sofort seine Arbeiten aufgenommen. Nachdem der Minister am 9. Oktober 1924 den Wunsch ausgesprochen hatte, die Arbeitszeit der Arbeiter in den Hochöfenwerken und Kokerien als vordringlich zu behandeln, begannen sofort die eingehenden Beratungen, in deren Verlauf bereits am 8. November Betriebsberichtigungen vorgenommen wurden, die durch mehrere Wochen hindurch fortgesetzt werden mußten, zumal aus den außerpreussischen Ländern mehrfach, und zwar auch von amtlicher Stelle, Anregungen zur Berücksichtigung weiterer Betriebe eintrafen, denen sich der Arbeitsausschuss bei gewissenhafter Prüfung der Lage nicht verschließen konnte. Die Fragen, deren schriftliche Beantwortung im Anschluß an die Berichtigungen angefordert werden mußte, waren so schwierig und neuartig, daß sie kaum alle bis zum 20. Dezember beantwortet sein konnten. An diesem Tage legte der Berichtserstatter dem Arbeitsausschuss bereits seinen Bericht vor — ein umfangreiches Schriftstück, das auch den zuständigen Stellen des Reichs die Beurteilung der einschlägigen Angelegenheiten wesentlich erleichtern dürfte. Wenn nunmehr die Arbeiten am 10. Januar abgeschlossen werden können, so wird von einer Verzögerung nicht die Rede sein können, zumal die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats zum großen Teil namhafte Führer im wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leben Deutschlands sind, deren Bekanntschaft mit anderen Arbeiten in diesem Monat dauernd sehr stark war.

*

Im Arbeitsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Wiedereinführung der Achtfundentag in der

Schwertindustrie beschäftigt, wurden die Anträge der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, die sich für die Einführung bezogen. Gegen die Einführung ausgesprochen, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ebenso wurde ein Vermittlungsantrag abgelehnt, der es bei dem gegenwärtigen Zustand bis zum 1. Juli 1925 belassen wollte, um dann nach einer Durchprüfung der ganzen Materie zu entscheiden.

Der neue Reichsbankausweis.

Erhöhung des Goldschatzes — Uebertragung der Schulden bei der Reichsbank.

Der Reichsbankausweis vom 31. Dezember weist eine relativ günstige Gestaltung der Finanzen der Bank aus. Die Wechsel- und Lombardanlage liegt um 97 auf 2087,1 Millionen Reichsmark. Hiergegen sind 70 Millionen Reichsmark revidierter Wechsel zurückzuführen, die in das Portefeuille der Reichsbank zurückzuführen sind. Um diese Summe nahmen dann die revidierten Wechsel auf 497,2 Millionen Reichsmark ab. Andererseits wurden 31,8 Millionen Reichsmark in landwirtschaftlichen Wechseln von der Reichsbank der Rentenbank übergeben, sodas sich ein neuer Kreditbedarf der Privatwirtschaft zum 31. Dezember in Höhe von 58,8 Millionen Reichsmark ergibt. Durch die Abtragung der Reichsbankschulden bei der Rentenbank gingen diese auf 456,5 Millionen Reichsmark zurück.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten flossen 368,4 Millionen Reichsmark neu in den Verkehr. Der Banknoten-Umlauf nahm deshalb um 176,4 Millionen auf 1941,4 Millionen Reichsmark und der Umlauf an Rentenbanknoten um 127 Millionen auf 1835 Millionen Reichsmark zu. Dadurch erhöhte sich der Gesamtgeldumlauf (einschließlich Scheidemünzen und Umlauf der Privatnotenbanken) auf 4,3 Milliarden Reichsmark gegenüber 4 Milliarden Reichsmark Ende November und 3,7 Milliarden Ende September. Die Bestände an fremden Geldern gingen um 141,9 auf 829,9 Millionen Reichsmark zurück. Der Goldbestand der Bank vermehrte sich infolge der bekannten Goldzugänge in Höhe von 42 Millionen Reichsmark auf 759,8 Millionen. Die Notendeckung durch Gold senkte sich jedoch infolge der Vermehrung des Umlaufs geringfügig von 40,7 auf 39,1 Prozent und die Deckung durch Gold und Devisenbedienen von 54,2 auf 52,2 Prozent.

Eduard Bernsteins Geburtstagsfeier.

Die Wohnung des Genossen Eduard Bernstein in Berlin-Schöneberg war am Dienstag das Ziel unzähliger persönlicher und schriftlicher Gratulationen. In seinem bescheidenen Arbeitszimmer nahm der greise Führer unermüdlich Besuche entgegen. Schon am frühen Vormittag überbrachte eine Abordnung des Parteivorstandes unter Führung Hermann Müllers die Glückwünsche der Sozialdemokratie. Der Reichspräsident Ebert telegraphierte: „Zum 75. Geburtstag sende ich die herzlichsten Glückwünsche. Möge Ihnen die Kraft zur Fortsetzung Ihrer politischen und wissenschaftlichen Arbeiten noch recht lange erhalten bleiben. In aufrichtiger Verehrung Ebert, Reichspräsident.“ Unter den zahlreichen schriftlichen Glückwünschen befindet sich auch ein besonders herzlich gehaltener Brief des Schönberger Bürgermeisters Dr. Berndt, der einer der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie in der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ist. Er anerkennt die hervorragenden Verdienste, die sich Bernstein als langjähriges Mitglied der Gemeindevorstellung Schönbergs erworben hat. — Am Abend veranstalteten die Berliner Parteigenossen eine Bernstein-Feier in der Philharmonie. Richard Fischer, der auch jetzt nahezu einem halben Jahrhundert der Arbeiterbewegung dient, hielt dem alten Freunde die Glückwünsche.

Giegreicher Streikabschluss in Douarmenez.

Paris, 7. Januar.

Der Streik der Fischer und Fischkonjervenarbeiter in Douarmenez hat am Dienstag nach sechswöchiger Dauer seinen Abschluss gefunden. Die Arbeit wird am Donnerstag sowohl in der Sardinenfabrik wie in den Konjervenfabriken wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber haben die Lohnforderungen der Fischer und Arbeiter angenommen und auch in der strittigen Frage der Ueberstunden kapituliert. Außerdem haben sie sich verpflichtet, keinerlei Maßregelung wegen Beteiligung am Streik vorzunehmen.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz
Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer.
Für Inserate: Carl Lischardt.
Verleger: Carl Lischardt Druck: Krieger, Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Hilde Lichtwart

Tage einer entwurzelten Jugend.

Von Richard Lohmann.

3. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Christine Kuwakt hatte sich wohlweislich gehütet, Hilde eine Frage vorzulegen, solange ihr selbst noch etwas eine Frage war. Was hätte so ein Kind auch entscheiden können! Nun, wo sie Stein auf Stein zum Bau der Zukunft gefügt hatte, war sie ihrer Sache sicher. Nur um der Form zu genügen, nicht etwa, als ob sie auf Widerspruch gefaßt wäre, sagte sie daher noch hinzu:

„Und das mit dem Lehrerin-Werden?“

Schweigen. Ein seltsames Schweigen. Als ob es hin- und herhüpfte in der Stube. Einen Ausweg suchte. Vom Fenster zum Sofa. Vom Sofa zur Tür.

Nun kam also die Entscheidung. Die Entscheidung für immer? Ueber ihr Leben? Konnte man so etwas hier, am Fensterpfosten entscheiden? So nebenbei? Oder hatte auch darüber schon die Tante entschieden? Wie fremd sie sich auf einmal wieder hier im Zimmer vorkam! Wie fremd die Frau, die ihr da gegenüber saß! Die mit solcher Frage in sie hineindrängte!

Lehrerin! Nun war sie plötzlich wieder in Denkerken und stolzte hinter dem Deck herum; glühtrot die Backen, weil sie ein paar Schulstunden quittgemacht hatte. Nun sah sie bei Karl Hilt auf dem Bootsrand am Pier und ukte über den steifleinernen Schulmeister, der ihr so utomisch vorkam mit seiner peinlichen Gewöhnhaftigkeit und Nippigkeit. Nun lag sie im Dünnengras und starrte auf die See hinaus, wo draußen am Horizont die hohen Segel vorüberzogen: Wenn sie einmal heiratete — ein Schiffer mußte es sein, ein Schiffer auf großer Fahrt — und sie mußte mit an Bord sein ...

„Nun?“

„Weißt und zärtlich Hang's und umschmeichelte sie. Wie schwer es da war, gegen anzutreten!“

„Nein, Tante, dazu paße ich wirklich nicht.“

Christine Kuwakt war durchaus nicht erstarrt darüber, daß der Frontangriff mißlungen war. Zeigte es wenigstens mit keiner Miene.

„Und was willst du sonst werden?“

Ein hilfloses Suchen: „Muß ich denn mit Gewalt etwas werden?“

„Wenn man nichts ist, muß man freilich etwas werden.“

„Ich möchte bleiben, was ich bin.“

„Und was bist du? — Nein, sieh mal, so geht das nicht. Du hättest ja doch auch nicht in Denkerken bleiben können, wenn Vater und Mutter noch lebten. Das hätte deine Mutter denn doch nicht gebildet, wenn sie auch damals die Dummheit beging, den Fischer zu heiraten.“

Hilde sprang auf. Wer war das, der so wagen durfte, hier über ihre Mutter und ihren Vater zu sprechen! Wild schlug es in ihr auf. Aber der Trotz suchte vergebens ein Wort. Hilflos sank sie auf den Stuhl zurück, und die Flamme empörten Gefühls erstickte unter der Decke der Nachdenklichkeit, als die andere fortfuhr:

„Einmal im Leben muß sich der Mensch eben darüber entscheiden, zu welcher Gesellschafts-schicht er gehören will. Da in Denkerken ging das vielleicht ein bißchen durcheinander. Aber hier in der Stadt kann man nicht mal dahin und mal dahin gehören wollen. Siehst du, ich habe mich hindurchgeschlagen, hindurchgerettet mit meinem kleinen Vermögen. Bin geblieben, was ich war. Du weißt ja, unser Gut ging damals bei meines Großvaters Tode in sechs Teile —“

„Nein, davon weiß ich gar nichts —“

„So, nicht einmal davon hat dir deine Mutter etwas erzählt. Nun sie hatte ja allerdings Ursache, nicht daran zu rühren ...“

Nun war es heraus, das entscheidende Wort. Es war, als stünde es dort irgendwo in der Stube.

„Ursache? Welche?“

Christine Kuwakt mühte sich nicht, es zurückzurufen. Nur einen Augenblick tat sie überlegend. Dann ganz ruhig:

„Einmal mußst du es ja doch wissen — da ist's vielleicht so besser, daß du's gleich erfährst, wo du dich zu entscheiden hast. Sieh mal, du gehörst nämlich gar nicht dahin, wohin du immer meinst. Nicht nach Denkerken und nicht zu den Richtwars. Als deine Mutter heiratete, warst du schon da —“

Hildes Finger trankten sich in die weiße Farbe des Fensterbretts. Christine Kuwakt sah es nicht. Durfte es nicht sehen.

„Ja, sie hat uns mal Kummer gemacht, deine Mutter, als sie noch ein Mädchen war, nicht viel älter als du. Da war so'n Windhund, so ein Student in Kiel — mehr kann ich darüber nicht sagen ... Na, darum hat deine Mutter dann auch wohl zugesagt, als sie Claus Lichtwart mit in das Fischerdorf nehmen wollte. Und ganz glücklich haben sie ja zusammen gelebt. Aber ich hab's nie verstehen können, wie sie meine Schwester da wohl fühlen konnte.“

Hilde starrte in den Fensterpfosten. Das Uhrwerk ihres

Denkens stand plötzlich still. Ganz still. Es gibt Augenblicke, in denen es sich selbst ausschaltet, um nicht zu schnell laufen zu müssen. In denen die Menschen um uns schweigen sollten wie wir. Uns allein lassen sollten mit uns selbst ...

Christine Kuwakt empfand den Eindruck ihrer Worte. Hatte ihn erwartet. Aber schweigen, jetzt schweigen — das konnte sie nicht. Daran dachte sie auch gar nicht. Dem armen Menschenkind, das da in all seiner Hilflosigkeit in der Fensterscheikauerte, wollte sie ja Mutter werden, sollte sie Mutter sein. Wollte es erziehen, so wie sie es sich in weitausholenden Plänen zurechtgelegt hatte. Wollte ihm den Weg ins Leben weisen. Es diesen Weg selber führen. In ein Leben bürgerlichen Wohlbehagens und zufriedenen Glückes.

Sie kannte Hilde noch zu wenig, um zu wissen, welche Widerstände da vielleicht noch zu überwinden sein mochten. Aber sie hatte das unbestimmte Gefühl, daß sie alles in Scherben schlagen müßte, was Hilde an glitzernden Träumen aus Denkerken mitbrachte, wenn sie ihr Ziel erreichen wollte. Und um dieses Kindes willen, an dem sie nun Mutterstelle vertrat, mußte sie es versuchen.

Sie legte ihre Säkelarbeit behutsam auf den Tisch, stand auf und trat an Hilde heran. Den Arm um ihre Schulter gelegt, fuhr sie ganz weich und zärtlich fort:

„Ich hab' immer gemeint, der liebe Gott hat dir die Entscheidung erleichtern wollen, als er dir deine liebe Mutter nahm. Nicht wahr, hier muß das doch leichter sein als da draußen in eurem Dorf. Hier siehst du doch, wo du eigentlich hingehörst. Nun sei mal einen Augenblick meine ganz, ganz vernünftige Hilde! Für uns beide reicht mein kleines Vermögen auf die Dauer nicht aus. Später, ja später sollst du's ganz gewiß einmal haben. Aber bis dahin mußst du dir einen Beruf suchen. Einen, den man ohne eigenes Vermögen ergreifen kann und bei dem man nicht so ein besseres Dienstmädchen ist.“

Der Strom ihrer Worte, ihrer Gründe lief auf den Sand. Hätte Hilde jetzt aufgeheult, hätte sie gegen angetrozt — sie hätte sich zu helfen gewußt. Aber dieser schweigenden Starrheit gegenüber war sie machtlos. Hilflos. Ratlos. Denn sie hatte kein Gefühl dafür, daß sie hier etwas zerbrochen hatte, das sich mit Worten und Gründen nicht mehr fitten ließ. Seit jenem ersten und letzten Ereignis in ihrem Leben, das der „Fehltritt“ ihrer über alles geliebten Schwester vor einem halben Menschenalter darstellte, hatte sie keine Situation mehr erlebt, die sich mit Worten nicht hätte meistern lassen. Nun war das Wort am Ende. Und hatte nichts ausgerichtet. Keine Antwort. Nur dieses Ungehörige, anklagende Schweigen. (Fortsetzung folgt.)

Ausverkauf

Ungeheurer Preisnachlaß

Schuhwaren

Hausschuhe aus Filz mit Bindgarnsohle Jetzt **95 Pf.**
Niedertreter Kamelhaar mit Ledersohle..... Jetzt **2⁵⁵**
Kragenschuhe Kamelhaar mit Filz- und Ledersohle Jetzt **2⁹⁵**
Niedertreter aus Leder mit warmer Fütterung Jetzt **3⁷⁵**
Halbschuhe für Damen Roßchevr., mit u. ohne Lackkappe, Jetzt **5.90**
Halbschuhe für Damen Roßchevreau, mit Schiebeschnalle... Jetzt **7⁹⁰**

Halbschuhe für Damen Chevreau, randgenäht, spitze Form Jetzt **8⁹⁰**
Halbschuhe für Damen braun Roß-Chevr., Schnür-u. Spange Jetzt **10⁷⁵**
Lackschuhe für Damen mit breiter Spange..... Jetzt **14.90**
Herrenstiefel Rindbox, breite Form Jetzt **6⁹⁰**
Arbeitsstiefel für Herren braun Fahlleder, bes. starke Qualit. Jetzt **7⁹⁰**
Herrenstiefel Roß-Chevreau, bequeme Form Jetzt **9⁵⁰**

Halbschuhe für Herren Roß-Chevreau, moderne Form Jetzt **9⁷⁵**
Sportstiefel für Herren Rindbox, mit Zwischensohle Jetzt **10⁹⁰**
Herrenstiefel Rindbox, mit Doppelsohle, Rahmenarb. Jetzt **12⁵⁰**
Schaftstiefel kräftige Qualität Jetzt **14⁵⁰**
Kinderstiefel Rindbox, Größe 23-26 Jetzt **3⁹⁰**
Kinderstiefel Roß-Chevr., Gr. 31-35 **5.90**, Gr. 27-30 Jetzt **4⁹⁰**

Holstenhaus

Kein Inventur-Ausverkauf
 aber trotz meiner anerkannt niedrigen Preise auf alle Waren
10% Rabatt
 Verkauf ab Lager Breite Straße 51, I (Hodermann) (511) und Laden Marktwiese 2
Schuhhaus Koopmann
 Beachten Sie bitte meine Schaufenster

Konfitür-Abteil.
 Walzbonbon 1/4 K 15.4
 Fruchtbonbon 1/4 K 15.4
 Pralinen 1/4 K 25.4
Bloßschokolade
 1 Bund 88.4
 Bloßsch. 10-g-2. 20.4
 5 Tafeln 95.4
 Speiseis. Tafel 35.4
 3 Tafeln 110.4
 Kets. 1/4 K 20.4
Kakao
 1/4 K 18 bis 24.4
 Banan-Kakao 1/4 K 24.4
 Hafer-Kakao 1/4 K 55.4
 Pud.-Schokol. 1/4 K 25.4
Gr. Apfelsinen
 Stück 5.4, 10 Stück 45.4
 See. 1/4 K 1.00.4
Eduard Speck
 Süßstraße 81/84
 Hyren-Säuer, Schanzen 13.
 Eig. Reparaturwerkstatt
 282



Kaiser-Ohm un id.
 Plattdeutsche Erzählungen von
John Brindman
 Preis 2 M.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
 Johannisstraße 46.

Eimerbier
 Jeden Freitag von 4-6 Uhr
 926 Brauerei Stamer
 Meierstraße 15 und
 Warendorffstraße 19 b.
Kartoffeln
 Pa. Industrie Ztr. 4.50 u. 5.00 M.
 Pa. Uptodate Ztr. 3.50 u. 4.00 M.
 Pa. gelbe Steckrüben Ztr. 2.25 M.
 Pa. Preßstroh Ztr. 3.00 empfiehlt (312)
Wilhelm Süke
 Schwartauer Allee 46 a
Rauchzeug
 preiswert und gut
C. Wittfoot
 Ob. Hützstr. 18

Inventur-Ausverkauf
 vom 5. bis 17. Januar
Ehlers & Reetwisch
 Holstenstr. 1 (929) St. Petri 2 u. 4
 Beachten Sie die Preise
in den 5 Schaufenstern!
 Noch wirklich preiswerte Angebote
 Das bekannteste reelle Einkaufshaus
 für Arbeiter und jeden Beruf
 Damen- und Herrengarderoben,
 Manufaktur und mod. Damen-,
 Herren- und Kinderstiefel usw.

Die Plünje wird's sein
 bezieht befehligen
Golbigg's
 Zigarren
 Zigaretten
 Tabake
 Dreyer Pfeifen
Gustav Reincke
 26 Pflaumen 26

Dargel INVENTUR
Ausverkauf
 Gewaltige Preisherabsetzung
 Vergleichen Sie vor Einkauf die Güte meiner Waren

Guter Schlaf
 ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß u.
 Klein, m. od. ohne Zubeh.
 Stahlmattagen an Priv.
 Beq. Beding. Katal. 430 fr.
 Eisenmöbel, Suhl (2 Hfr.)
 (285)

J. H. Pein
 Lübeck
 Markt 10/12
 Breite Straße 64/66.
 Das bekannte Kaufhaus für (288)
 Arbeiter-Garderoben,
 Berufs Kleidung,
 Herren-Konfektion,
 Knaben-Konfektion,
 Erstkl. Manufakturwaren.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 8. Januar.

Wohnungszwangswirtschaft.

Welche Räume unterstehen seit dem 1. Januar 1925 der Wohnungszwangswirtschaft?

Bei der Auslegung der Senatsverordnungen vom 30. Dezember 1924, durch welche bestimmte Gruppen von Mieträumen von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes befreit worden sind, sind verschiedene Zweifel aufgelaufen, zu denen im Folgenden Stellung genommen werden soll:

Bei der Prüfung der Frage, wie weit ein Raum in Zukunft der Wohnungszwangswirtschaft untersteht, sind drei Gruppen von Räumen zu unterscheiden.

I.

Die erste Gruppe umfaßt die Räume, die auch in Zukunft im gleichen Umfang wie bisher der Wohnungszwangswirtschaft unterworfen sind, d. h., die vom Vermieter gegen den Willen des Mieters nicht gekündigt werden und bei denen sich Vermieter und Mieter unter Einhaltung der Kündigungsfrist auf die gesetzliche Miete berufen können. Dahin gehören:

1. alle Wohnungen. Als Wohnungen gelten alle Wohnräume, die mit einer eigenen Kochgelegenheit überlassen sind, mag diese auch nur in einem Gastlocher bestehen und sich in einem Zimmer oder auf dem Flur befinden. Bloße Küchenmitbenutzung genügt nicht. Ebenso gelten als Wohnungen drei oder mehrere Zimmer, die an die gleiche Familie oder Einzelpersonen vermietet sind. Ob die Zimmer leer oder möbliert sind, ist gleichgültig.
2. gewerbliche Räume, die mit Wohnungen zusammen vermietet sind oder mit ihnen eine wirtschaftliche Einheit bilden. Dahin gehören also alle Läden, Werkstätten, Büroräume und dergleichen, die ein Wohnungsmieter im gleichen Hause zusammen mit seiner Wohnung oder unmittelbar daneben, etwa im Nebenhaus, mit gemietet hat. Es gehören dahin auch solche gewerblichen Räume, die nur mit einer Dienst- oder Werkwohnung verbunden sind, weil auch die Inhaber dieser Wohnungen nach dem Mieterschutzgesetz einen gewissen Schutz genießen.

II.

Die zweite Gruppe umfaßt diejenigen Räume, die der Wohnungszwangswirtschaft nur unterstehen, soweit sie schon vor dem 1. Januar 1925 an den jetzigen Mieter überlassen waren. Soweit das alte Mietverhältnis über solche Räume gelöst wird, und die Räume seit dem 1. Januar 1925 einem neuen Mieter überlassen sind, gilt für das neue Mietverhältnis freie Kündigung des Vermieters und die vereinbarte Miete, von der eine Berufung auf eine gesetzliche Miete nicht mehr zulässig ist. Dahin gehören:

1. einzelne leere oder möblierte Zimmer ohne eigene Kochgelegenheit, wenn höchstens zwei Zimmer an die gleiche Familie vermietet sind. Dies gilt auch, wenn der Familie die Mitbenutzung der Küche des Vermieters gestattet ist. Als Familie dürfen außer Ehegatten auch mindestens zwei Personen angesehen sein, die so nahe miteinander verwandt oder verschwägert sind, daß sie nach der Verkehrsanschauung als Familie anzusehen sind;
2. offene Verkaufsstellen (Läden) sowie Räume, die mit offenen Verkaufsstellen zusammen vermietet sind. Hierunter fallen also nicht nur die reinen Läden, sondern auch solche Werkstätten und industriellen Betriebe, die mit der Abgabe von Waren an die Kaufkundschaft verbunden sind, beispielsweise Bäckereien, Schneidereien, Barbierstuben, Konditoreien mit Verkauf zum Mitnehmen, Auktionslokale. Dagegen dürfte es zweifelhaft sein, ob Cafés und Restaurants, die übrigens in der Regel nicht vermietet, sondern verpachtet werden, hierunter fallen. Das kann nur von Fall zu Fall entschieden werden, wobei zu prüfen wäre, ob die fraglichen Räume sonst als Ladenräume anzuprehen sind. Das gleiche gilt für Banken. Der Grund, weshalb alle diese Geschäfte, soweit das Mietverhältnis schon vor dem 1. Januar bestand, den Mieterschutz weiter genießen sollen, liegt darin, daß sie auf Kaufkundschaft und damit auf bestimmte Stadtbezirke angewiesen sind, wo heute noch erheblicher Ladenmangel und damit die Gefahr der übermäßigen Mieterforderung auf dem freien Markt besteht;
3. Büroräume der Rechtsanwälte, Ärzte, Zahnärzte und Dentisten. Nicht mit aufgeführt sind die Räume der sonstigen Heilkundigen, Rechtskonsulenten und dergleichen; diese genießen also einen weiteren Mieterschutz nicht, soweit sie ihre Räume nicht zusammen mit Wohnungen gemietet haben;
4. Diensträume öffentlicher Behörden sowie Räume, die ausschließlich zu gemeinnützigen oder religiösen Zwecken vermietet sind. Hier ist zu denken an Filialen der Reichspost und an die Andachtsräume religiöser Körperschaften, an die Bureaus wohltätiger oder gemeinnütziger Vereine. Diensträume werden, wie oben erwähnt, wie andere Wohnungen behandelt, gehören also unter I.

III.

Alle nicht unter I und II fallenden Mieträume sind sowohl von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes als von denen des Mieterschutzgesetzes befreit. Es ist aber zu unterscheiden:

1. einzelne leere oder möblierte Zimmer ohne eigene Kochgelegenheit, von denen höchstens zwei Zimmer an die gleiche Einzelperson vermietet sind (einerlei ob Küchenmitbenutzung vereinbart ist oder nicht, können vom Vermieter frühestens am 28. Februar 1925 gekündigt werden. Von dann an gilt lediglich die vereinbarte Miete;
2. gewerbliche Räume, die nicht unter I und II fallen, können frühestens am 31. März gekündigt werden. Von dann an gilt die vereinbarte Miete. Dahin gehören Kontore und Büroräume, Lagerräume und Werkstätten, die nicht zusammen mit Wohnungen oder offenen Verkaufsstellen oder zu den unter II Ziffer 3 und 4 bezeichneten Zwecken vermietet sind, also insbesondere die Bureaus des Großhandels, der Agenten und Makler, Werkstätten, in denen auf Bestellung oder für den Verkauf an anderer Stelle gearbeitet wird, Hotels, Pensionen, Theater, auch die Kinematographentheater, soweit sie nicht überhaupt verpachtet oder wie regelmäßig die Fremdenheime mit einer Wohnung des Wirtes verbunden sind. Der Umstand, daß in den Theatern auch Erfrischungen verkauft werden, dürfte nicht ausschlaggebend sein, weil hier keine „offene“ Verkaufsstelle vorliegt, sondern nur eine für einen geschlossenen Personenkreis, nämlich für die Inhaber der Theaterbillets.

Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit.

Die vor kurzem vom Reichsarbeitsminister aufgestellten Richtlinien für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe lauten u. a.: Öffene Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend Rohreis, Milch, Bäckereis- und Konditoreiwaren, frische Blumen und Zeitungen feilgehalten werden, dürfen an jedem Sonntag und Feiertag mit Ausnahme des zweiten Osterfeiertags, des zweiten Pfingst- und des zweiten Weihnachtstages auf die Dauer von zwei Stunden für den Geschäftsverkehr geöffnet sein. Der

Verkauf von Rohreis und Milch ist auch an den zweiten Feiertagen zulässig. Vom ersten April bis zum dreißigsten September kann der Verkauf von frischem Gemüse, Obst und Fleisch, sowie frischen und geräucherter Fische gestattet werden. Innerhalb der Geschäftszeit ist die Beschäftigung von Angestellten, Lehrlingen und Arbeitern gestattet. Die Geschäftszeit darf für die einzelnen Warenarten verschieden festgesetzt, aber nicht geteilt werden.

Ein Erlass der beteiligten preussischen Ministerien ordnet an, daß der Zulassung von Ausnahmen eine besonders sorgfältige Prüfung der Verhältnisse vorausgehen soll. Wo weitergehende Ausnahmen bisher zugelassen waren, soll geprüft werden, ob und zu welchem Zeitpunkt eine entsprechende Einschränkung der Ausnahmen möglich und zweckmäßig ist.

Vom Rentenkampf der Kriegsopter.

Verfahrens-Schlendrian.

Am 16. April 1922 stellte der Bautechniker S. in Paris beim Versorgungsamt Stargard in Pommern Antrag auf Versorgungsrente wegen Lungentuberkulose, die er auf Kriegsdienstbeschädigung zurückführte. Das Versorgungsamt Stargard stellte „Ermittlungen“ an, ließ den Antragsteller im Versorgungsamt Stettin „beobachten und untersuchen“ und — erteilte nach anderthalb Jahren, nämlich im Oktober 1923, einen abschlägigen Bescheid, indem es die Frage nach dem ursächlichen Zusammenhang der Lungentuberkulose mit dem Kriegsdienst verneinte.

S., der inzwischen nach Warnemünde verzogen war, legte gegen den Bescheid des Versorgungsamts Stargard beim Versorgungsamt Schwerin Berufung ein. Das Versorgungsamt Schwerin verhandelte am 22. März 1924 über die Berufung und kam auf Grund des Gutachtens eines ärztlichen Sachverständigen, der den ursächlichen Zusammenhang zwischen

Kriegsdienst und Lungentuberkulose bejahte und auf Vollrente „mit allen Zutaten“, d. h. auch auf erhöhte Pflegezulage erkannte, zur Beurteilung des Reichsfiskus. In den Gründen des Urteils, das der Mutter des inzwischen verstorbenen Kriegsbeschädigten zugestellt wurde, gab das Gericht das Gutachten des Sachverständigen wieder, unterließ aber, im Urteilstext ausdrücklich auszusprechen, daß neben der Vollrente auch die erhöhte Pflegezulage zu gewähren sei.

Entsprechend dem Tenor des Urteils erließ nun das Versorgungsamt Ostod einen Bescheid, nach welchem die Vollrente für die Zeit vom 1. November 1923 (die Papierlappen für die vorangehende Zeit waren ja nichts mehr wert) bis zu Ende des Todesmonats, nicht aber die Pflegezulage geleistet werden sollte.

Hiergegen legte die Mutter des Verstorbenen wiederum Berufung ein mit dem Verlangen, auch die Pflegezulage an sie auszuzahlen. In einer Gegenerklärung machte nun das Hauptversorgungsamt Stettin geltend, daß der Bescheid des Versorgungsamts Ostod gar nicht in berufungsfähiger Form hätte erlassen werden dürfen und deshalb die dagegen eingehende Berufung als unzulässig zurückgewiesen werden müßte. In der mündlichen Verhandlung vor dem Versorgungsamt Stettin anheim, die Verhandlung auszusprechen und dieser Behörde Gelegenheit zu geben zu nochmaliger Prüfung des Anspruchs auf die Pflegezulage.

Das war am 27. September 1924. Fast drei Monate später erhielt dann die Klägerin vom Versorgungsamt Schwerin die Mitteilung, daß das Hauptversorgungsamt Stettin sich nunmehr zur Gewährung auch der erhöhten Pflegezulage bereit erklärt habe. Das war Mitte Dezember. Nun war die Klägerin, eine arme Witwe, auf den Zeitpunkt der Auszahlung, welcher Zeitpunkt aber heute wohl noch nicht mit einiger Sicherheit abzusehen ist.

Aus dem Jahresbericht der Handelskammer.

Die Synthèse der deutschen Handelskammern sind gegen Ende eines Jahres immer feierhaft tätig, um ihren Auftraggebern und einem bestimmten Personenkreis das Resultat der deutschen Wirtschaft im Druck zu präsentieren. Dieses Wirtschaftsbild ist natürlich in gewissem Maße durchdrungen von den subjektiven Anschauungen, die kapitalistische Interessen bebingen. Auch der Lübecker Handelskammerbericht ist von diesen Bestandteilen nicht frei, obwohl er sich bemüht, objektiv zu sein und im allgemeinen weite Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt. Es ist aber ein Merkmal fast aller Handelskammerberichte, gerade dort, wo die Weit- und Scharfsicht zu verkümmern, wo Fragen sozialpolitischer Art angeschnitten werden. Dort fühlt man so deutlich den Unternehmerstandpunkt heraus, hört man die sorgsam gemauerten Klagen von der Untragbarkeit der Lasten, daß es beim ruhigen Abwägen des Gesamtergebnisses schwer fällt, dieses Risiko in dem übrigen Teil aufzuwerten. Sobald von Steuern, Arbeiterlöhnen, Arbeitszeit, Sozialabgaben die Rede ist, wird durch eine blinde Brille geschaut. So auch hier.

An einer Stelle wird gesagt, daß über der Hebung der deutschen Wirtschaft der ebenso wichtige Inlandsmarkt nicht vernachlässigt werden darf, dessen Versorgung hauptsächlich den größten Teil unseres Volkes ernährt. Für beides aber ist wesentliche Voraussetzung größtmögliche Preislenkung. Dazu ist nicht nur erforderlich, daß technische und organisatorische Verbesserungen der Produktions- und Betriebsmittel die Wirtschaft zu Höchstleistungen befähigen, sondern daß auch diejenigen Faktoren der Preisbildung, die nicht von der Betriebsleistung abhängig sind, insbesondere die Steuern und die Eisenbahnfrachten gesenkt werden. (Man könnte hier einwenden, daß Industrie und Handel auch jahrelang Nutznießer niedriger Eisenbahnfrachten waren, wie sie sich im Steuerzahlen gut stellen.)

Und dann kommt der Pferdeschuh: Herabsetzung der Sozialausgaben und Intenivierung der Arbeit. Eine Steigerung der Arbeitsleistung wird zwar mancherorts zugegeben, aber der Ausfall, der durch die Herabsetzung der Arbeitszeit eintritt, habe im allgemeinen nicht ausgeglichen werden können. Wäre es nicht angebracht gewesen, an dieser Stelle des Berichtes zu sagen, daß die Löhne, selbst wenn sie die Höhe der Kriegszeit erreicht hätten, in der Kaufkraft 30 bis 40 Prozent unterwertig sind? Man mokiert sich ferner über das Bemühen der Gewerkschaften um das Washingtoner Arbeitszeitübereinkommen und sucht die prinzipielle Gegnerschaft zum Achtstundentag mit „national“ klingenden Redensarten zu verbergen.

Im allgemeinen aber stellt der Bericht einen gewissen Fortschritt der äußeren und inneren Staats- und Wirtschaftspolitik fest und bedauert nur, daß ein noch günstigeres Ergebnis durch der Parteien Zwißspalt verhindert wurde. Wir brauchen kaum besonders zu betonen, daß die Verfasser des Handelskammerberichts in der von ihnen gewünschten „kraftvollen geschlossenen Mehrheit in der Volkswirtschaft“ jenes Bürgerblockgebilde herbeiwünschen, das der politischen Einstellung der Handelskammerherren entspricht: volksparteiisch-deutschnational. Um diesen Preis haben die ihnen nahestehenden Politiker selbst der Parteien Zwißspalt geschürt.

An dieser Tatsache erkennt man die Fußstapfen, in denen die Handelskammern wandeln. Damit wollen wir den umfangreichen allgemeinen Teil des Berichtes verlassen und einen gedrängten Auszug über die Lübecker Verhältnisse geben, die natürlich auch mit der Klage über zu hohe Landessteuern beginnen.

Lübecks Handel, Industrie und Schifffahrt.

Der Großhandel hatte in der Ausfuhr Absatzschwierigkeiten wegen der hohen Preise der deutschen Waren. Für die nordischen Länder, deren Währungen mit Ausnahme Schwedens jetzt erheblich niedriger sind als die deutsche, hat Deutschland nicht mehr den Anreiz, der in der Inflationszeit in den auf die Geldentwertung zurückzuführenden billigeren Preisen lag. Zum Teil scheint auch in der Inflationszeit eine starke Bevorratung mit deutschen Waren für längere Zeit eingetreten zu sein. In der Einfuhr und auf dem Inlandsmarkt lähmte die geschwächte Kaufkraft den Absatz, wenigstens in manchen Erwerbszweigen wenigstens zeitweilig das Geschäft lebhafter war.

Der Holzhandel konnte sich nach dem fast völligen Darniederliegen der letzten Jahre wieder etwas erholen. Die Holzeinfuhr aus Schweden, Finnland und Rußland hat gegenüber dem Vorjahr eine erfreuliche Zunahme erfahren, namentlich aus Finnland, da die finnischen Hölzer am preiswertesten waren. Die Erfahrungen mit den russischen Bezügen waren bezüglich Qualität der Waren und der Art der Geschäftsabwicklung zufriedenstellend, so daß das Vertrauen zum russischen Geschäft wachsen ist. Als Folge davon kann mit der Erweiterung der deutsch-russischen Holzabstufung für die Zukunft gerechnet werden. Die Lübecker Lager sind für heutige Verhältnisse mit allen Sorten gut besetzt. Die Preise der nordischen Abfader sind im Sommer gegenüber dem Frühjahr um etwa zehn Prozent gefallen und haben sich seitdem auf dieser Höhe gehalten. Der Handel im Inland litt an der Beschäftigungslosigkeit des Bau- und Möbelschaffens.

Der Erhandel hatte ebenfalls gegenüber dem Vorjahr eine gewisse Besserung zu verzeichnen.

Der Kohlenhandel hatte keinen leichten Stand. Der Absatzkampf der englischen und deutschen Kohlenindustrie erschwerte die Geschäftslage des Lübecker Kohlenhandels dadurch, daß immer neue gesenkte Kohlenpreise Vorläufe auf die bisher zu höheren Preisen gekauften Mengen herbeiführten. Bei äußerlich gedrückten Preisen war die Nachfrage schleppend, weil die Verbraucher unter dem Geldmangel nur den notwendigen Bedarf von Zeit zu Zeit deckten.

Im Eisen- und Stahlhandel herrschte im Gegensatz zum Vorjahr durchschnittlich eine lebhaftere Beschäftigung. Das erste Vierteljahr brachte befriedigende Aufträge und die Preise erfuhren zunächst einen nicht unwesentlichen Aufschwung. Infolge des angepannten Geldmarktes ging der Verbrauch später erheblich zurück, auch fielen die Preise teilweise unter die Selbstkosten. Der Handel mit schwedischem Eisen hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen, lag aber noch wesentlich unter dem Vorkriegsstand. Auch die Ausfuhr von deutschem Eisen und Stahl (insbesondere gewalzte Stangen und Rollen) zeigte gleichfalls eine Erhöhung.

Im Kolonialwarengroßhandel wird erst jetzt nach Verzichtung des Marktes der Verlust des Absatzgebietes von Nordschleswig an Dänemark recht fühlbar. Im Verkehr mit dem Einzelhandel behinderte die Schwierigkeit der Gewährung längerer Kredite das Geschäft. Trotzdem scheint die notwendige Auffüllung der Lager beim Einzelhandel langsam fortzuschreiten. Im Verkehr mit den nordischen Ländern scheint ein Bestreben der nordischen Importeure, insbesondere Finnlands, bemerkbar, die Ueberseeprodukte unmittelbar vom Ursprungsland zu beziehen, zumal vom ausländischen Exporteur günstigere Kreditverhältnisse geboten werden konnten.

Der Weinhandel sieht auf ein sehr wechselvolles Jahr zurück. Im Anfang war das Geschäft in Weinen und Spirituosen bei steigenden Preisen sehr lebhaft. Auslandsweine — insbesondere französische — die wegen des starken Frankenskurzes zu Ankäufen reizten — wurden in größerem Umfang bezogen.

Der Getreidehandel nahm während des ganzen Berichtsjahres einen äußerst schleppenden Verlauf.

Im Eisen- und Kurzwarenhandel war der Bedarf während des ganzen Jahres groß.

Für den Einzelhandel war das Geschäftsjahr im allgemeinen wenig befriedigend, da die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung im Geschäftsverkehr am ersten und unmittelbarsten im Einzelhandel fühlbar wird. Erst gegen Ende des Jahres begann das Geschäft sich etwas zu heben. Die Zahlungsweise der Kundschaft blieb aber auch dann noch schlecht, so daß viele Einzelhandelsbetriebe zur Inanspruchnahme höher und teurer Kredite genötigt waren. Die Qualität der Waren hat sich durchweg wieder erheblich gebessert. In der Art der Abwicklung des Geschäftsverkehrs mit der Kundschaft ist gegenüber den Vorjahren eine große Veränderung eingetreten. Während in der Inflationszeit die Verbraucher die Waren fast unbedenken abnahmen, geht jetzt ein großer Teil des Publikums von Läden zu Läden und prüft lange, ehe die Auswahl getroffen wird. In außerordentlichem Umfang hat sich der Straßen- und Hausverkauf ausgeweitet. Es scheint, als ob im Berichtsjahr der Lebensmittelinzelhandel wohl am schwersten zu kämpfen hatte, in dessen Geschäftsjahr die geringe Kaufkraft der Verbraucher nicht nur im geringen Umsatz, sondern zum Teil auch in der Abforderung geringwertiger Qualitäten zum Ausdruck kam. Das Tabakgeschäft hat sich wieder etwas gehoben, ist im ganzen aber noch nicht befriedigend. Der Umsatz in der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche entsprach keineswegs den gestiegenen Erwartungen.

Die Lübecker Industrie schließt fast ausnahmslos mit einem unbefriedigenden Ergebnis ab. Die Beschäftigung des Hochaufwerks nahm einen wechselnden Verlauf. Der Absatz an Rohstoffen war in den ersten Monaten bei gedrückten Preisen und hohen Gestehungskosten noch ausreichend. Zur Herabsetzung der letzteren (Sind da nicht andere Gründe maßgebend? Die Red.) mußte das Werk in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Eisenhütten Ende April aus Wettbewerbsnotwendigkeiten wieder zum Zweifelschichtensystem übergehen. Im Sommer ging der Absatz infolge mangelnder Nachfrage so stark zurück, daß vorübergehend nur mit einem Hochofen und auf Lager gearbeitet werden mußte. Seit Oktober hat sich der Bedarf an Rohstoffen wieder gehoben. Die Lübecker Werften haben ebenso wie die gesamte Schiffbauindustrie der Welt infolge der allgemeinen Depression der Wirtschaft ein schlechtes Jahr hinter sich. Auch die Maschinenfabriken und Gießereien hatten unter Auftragsmangel sehr zu leiden oder mußten infolge völlig unzureichender Preisbewilligungen die Uebernahme von Aufträgen ablehnen. Im Ausfuhrgeschäft machte sich ausländischer Wettbewerb durch niedrigere Angebote fühlbar. Die Arbeitslosigkeit ist gerade im Metallgewerbe in Lübeck besonders groß gewesen. Die Stanz- und Emailierwerke, die überwiegend auf die Ausfuhr eingestellt sind, konnten den Betrieb nur dadurch noch aufrechterhalten, daß sie ohne Gewinn und zum Teil sogar mit Verlust ihre Produkte absetzten. Im Gegensatz hierzu war die

Beschäftigung der Blechballagenfabriken, im Zusammenhang mit der verhältnismäßig guten Beschäftigung der Fischindustrie zufriedenstellend, wenn auch nicht, wie früher, üblich, große Überschüsse, sondern wegen der Geldknappheit immer nur Bestellungen für den unbedingt bedarfserforderlichen. Die Holzindustrie hat ihre Betriebe erst zum Teil wieder aufgenommen. Die Fabriken für Holzwaren, insbesondere für die Herstellung von Kästern, Kisten usw., verfügen über ausreichende Aufträge. Die chemischen Werke scheinen bei wechselndem Geschäft wenigstens im Jahresdurchschnitt einigermaßen ausreichende Aufträge zu haben. In der Nahrungsmittelindustrie war die Entwicklung ungleichartig. Die Fischkonservenindustrie hatte besonders in der zweiten Hälfte des Jahres ein starkes Geschäft durch gute Ergebnisse der deutschen Hochseefischerei und später auch der englischen Fänge.

Die Lübecker Schifffahrt blickt auf ein wenig günstiges Jahr zurück. In den ersten Monaten war die Schifffahrt durch die schwierigen Eisverhältnisse, die vorübergehend fast den ganzen Ostseeverkehr lahmlegten, stark beeinträchtigt. Die Tour-Schifffahrt zwischen Lübeck und den nordischen Ländern konnte ihre regelmäßigen Fahrten im wesentlichen in dem gewohnten Rahmen aufrechterhalten. Die Einfuhr besonders von Holz, von Kirschen und von lebendem Vieh war ziemlich bedeutend und erforderte teilweise die Einlegung von besonderen Fahrten, dagegen erreichte die Ausfuhr von Stückgütern die Höhe der Vorjahre nicht. Auffallend groß waren in diesem Jahre die Schäden, welche die Lübecker Reedereien durch Verlust von Schiffen durch Untergang oder Havarien erlitten.

Der Verkehr der Binnenschifffahrt hat sich gegenüber dem Vorjahr gehoben. Hierzu hat nicht nur der günstige Wasserstand der für Lübeck hauptsächlich in Frage kommenden Stromgebiete, sondern auch ein erhöhter Rohstoffbezug einzelner Lübecker Industriezweige, sowie die Zunahme der Wallerzerfrachtung seewärts eingeführten Holzes nach dem Binnenlande beigetragen.

Der Verkehr im Lübecker Hafen hat wiederum eine gewisse Steigerung erfahren. Diese Zunahme ist auf höhere Verkehrsaffären der Massengütertransporte (hauptsächlich Salz in der Ausfuhr, und in der Einfuhr Holz, sowie Rohstoffe für die Plackindustrie) zurückzuführen, während der Stückgutverkehr zeitweise sehr gering war. Wesentliche Verbesserungen der Hafeneinrichtungen brachten die Eröffnung einer Freihafenzone, sowie die weitere Ausstattung von Kränen mit selbsttätigen Greifern für Massengutbearbeitung.

Das Speditionsgewerbe hatte durch das Darniederliegen des Außenhandels ganz besonders schwer zu leiden.

Im Geschäftsgang der Lübecker Banken spiegeln sich die allgemeinen deutschen Geldmarktvhältnisse sowie die Lage der Lübecker Wirtschaft im besonderen wieder.

Zusammenfassend läßt sich über den Verlauf und das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung in Lübeck während des Jahres 1924 berichten, daß die gleichen Erscheinungen, welche die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft kennzeichneten, auch die Lübecker Wirtschaft ausschlaggebend beeinflussten: der Kampf mit den notwendigen Folgen der erfreulicherweise geglätteten Währungsstabilisierung, insbesondere der stark auf Selbsthilfe verweisenden Kreditnot, des übermäßigen Steuerdrucks, sowie der untragbaren Höhe der Debitzinsen und der Bahnfrachten. Es scheint, als ob in Lübeck dieser Kampf wohl unter großen Opfern, aber im allgemeinen doch nicht mit ungünstigerem Ausgang hat geführt werden können, als in andern Wirtschaftszweigen.

Neuzwerbungen der Stadtbibliothek.

- Ausgelegt im Lesezimmer vom 3. Januar bis 17. Januar.
- Höblin, Alfred: Berge, Meere und Giganten. Roman. 1924.
- Freitag, Gustav: Bilder aus der deutschen Vergangenheit. Bd. 3. (1924.)
- George, Lloyd: Ist wirklich Friede? (1924.)
- Geyer, Anna: Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland. 1924.
- Herwegh, Marcel: Ferdinand Lassalles Briefe an Georg Herwegh. 1896.
- Rosentahl, Georg: Lebendiges Latein. (Neue Wege im Lateinunterricht.) 1924.
- Kubner, Max: Nahrungsmittel- und Ernährungskunde. O. J.
- Sach, August: Die deutsche Heimat, Landschaft und Volkstum. 1923.
- Schmidt, Karl Ludwig: Der Rahmen der Geschichte Jesu. 1919.
- Wilkowski, Georg: Cornelia, die Schwester Goethes. 1924.

Vollständiges Konzert im Gewerkschaftshaus. Nachdem eine Zeitlang verschiedener Hindernisse wegen die Konzerte im Gewerkschaftshaus ausfallen mußten, findet jetzt am Sonnabend, dem 10. Januar, abends 7 1/2 Uhr, wieder ein Konzert statt. Herr Generalmusikdirektor R. Mannhaebl hat die künstlerische Leitung des Konzertes übernommen und ist dadurch die Gewähr eines musikalischen Genusses gegeben. Herr Soloklarinettist J. Schmidt wird ein Konzert für Klarinette von Carl Maria von Weber zum Vortrag bringen. Die Vortragsfolge ist sehr vielseitig. Die Programme sind als Eintrittskarten in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Stadttheater. Die Intendanz teilt mit: Fräulein Eise Buchholz vom Stadttheater in Köln, die den Theaterbesuchern nach in bester Erinnerung steht, wird am Sonntag, dem 11. Januar, als „Urbine“ gastieren und am darauffolgenden Dienstag die Rolle in „Fledermaus“ singen. Mit diesem Gastspiel der Sängerin wird sicherlich ein langgehegter Wunsch des einheimischen Publikums in Erfüllung gehen.

Internationaler Ringer-Weltkampf im Hanja-Theater. Gestern Abend rang im Lübecker Hermann Reglin zum erstenmal und hatte einen glänzenden Erfolg. Sein Gegner war der Hamburger Starke, ein guter und bekannter Ringer, aber für Reglin konnte er keinen Moment in Versuchung kommen. Dieser war ihm an Kraft bei weitem überlegen. Er warf den Hamburger in 2 Minuten 45 Sekunden auf die Schallern. Der Kampf zwischen dem Finnen Rajala und dem Kölner Urbach brachte keine Entscheidung. Der Entscheidungskampf Neuerhans gegen Risch brachte ein weiteres Niederlage. Heute, Donnerstagnachmittag, ringen Sapper mit Rajala; Reglin mit dem Oesterreicher Jitta. Im Entscheidungskampf treffen sich Steurs und Grünstein. Ferner Sozzampi zwischen Buchheim und Risch.

ph. Jähiges Geld. In letzter Zeit sind in verschiedenen Städten, darunter auch in Lübeck, falsche Rentenbankmarktscheine zu 5 k angebahnt worden. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß für die Wahrung bei der Festnahme der Jähiger von Rentenbank-Scheinen und die Beschlagnahme von Blättern für deren Druck eine Bezeichnung bis zu 1000 k seitens der Deutschen Rentenbank ausgelegt worden sind.

ph. Nicht verurteilt. Bezüglich der Notiz vom 6. ds. Mts. betreffend Festnahme eines am Langen Lohberg wohnhaften Schulwanders wegen Stenverbrechens wird mitgeteilt, daß der Leaner Lohberg 24 nachhafte Schulwandler Herr B. als Täter nicht in Frage kommt.

ph. Demist. Seit dem 1. d. M. wird der Ingenieur Erich Krahl, geb. am 8. Januar 1902 in Lübeck, aus seiner eierlichen Wohnung, Adlershof 27a, vermisst. Da für das Verschwinden des Demisten keinerlei Ursache vorliegen soll, muß angenommen werden, daß dem Vermissten ein Unglück zugefallen ist. Der Vermisste ist 1,80 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, blaue Augen, schlüsselige Zähne, rundes Gesicht und ist von kräftiger Gestalt. Bekleidet war er mit weißem, dunkelbraunem Hut, brauner, dunkler Weste und gestreifter Hose. Personen, die sich

JA
INVENTUR-ADSVERKAUF
 Kommt alle! Es lohnt sich!
 80%
KARSTADT

dienliche Mitteilungen über den Aufenthalt des Vermissten machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

ph. Billige Totenkranz. In der Nacht zum 5. ds. Mts. sind aus der Baumhölzer des Stadtgartens eine große Menge Nadelbäume und Tannen (Steineichen) ihrer Spitzen von diebstahliger Hand beraubt worden. Zu vermuten steht, daß das gewonnene Grün zum Kranzbinden usw. benutzt wurde.

Dänishburg-Seereis. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung bei Coords, Seereis. Redner: Genosse E. Knapp, Lübeck.

Partei-Nachrichten.
Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
 Sekretariat Johannisstr. 42. I. Telefon 2448.
 Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bürgerchaftsfraktion. Freitag, den 9. Januar, abends 6 Uhr Sitzung im Rathaus.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.
 Arbeiterjugend und Kindergruppe Rüdnh. Ab Freitag, dem 9. Januar, finden wieder unsere Veranstaltungen statt: Im Klafsenzimmer der Rüdnh. Schule: Freitags 16 bis 18 Uhr Kindergruppe und 18 bis 9 Uhr Arbeiterjugend. In der Turnhalle der Rüdnh. Schule: Sonntags 3 bis 5 Uhr Kindergruppe und 5 bis 7 Uhr Arbeiterjugend. Alle Kinder und Jugendliche sind herzlich eingeladen.

Sterbetafel des Sozialdemokratischen Vereins.
 Sterbetafel SPD, 9. Distrikt. Der Genosse Hermann Liebe ist verstorben. Beerdigung Freitag nachmittags 1 1/2 Uhr, Wanzeler Friedhof.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
 Barock: Johannisstraße 48 II.
 Schloß von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Jugendabteilung. Donnerstag abend 7:30: Schule Wanzeler Friedhof.

Die Ausgabe der Rindjaden findet am Freitag von 5-7 Uhr statt. Auch müssen jetzt die Abzahlungen wieder geleistet werden.

Gewerkschaftliche Mitteilungen.
 Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Gewerkschaftszeitung Nr. 1 ist sofort abzuholen.

Die deutschen Gemeinden an der Jahrestwende.

SPD. Von allen öffentlichen Körperschaften waren die Gemeinden von den verheerenden Wirkungen der Inflationsperiode am meisten betroffen. Da sie nicht, wie das Reich, unmittelbare Maßnahmen der Inflation sein konnten, so fehlte ihnen die geringe Möglichkeit, die dem Reich wenigstens zu einem Teil gebühren war, sich gegen die Folgen der Inflation halbwegs zu sichern. Ihre finanzielle Basis wurde in katastrophaler Weise erschüttert. Noch viel schlimmer aber war die vollständige Zerrüttung der Kaufkraft der Bevölkerung. Das war die eigentliche Ursache weshalb die Gemeinden ein Tätigkeitsgebiet nach dem andern einstellen mußten, weshalb ihre bisherigen Betriebe zurückgingen, zu einem großen Teil direkt zum Erliegen kamen. Erfolgreiche Gemeindepolitik ist eben nur möglich auf der Grundlage einer blühenden und sich aufwärtsentwickelnden Volkswirtschaft, sie hat zur Voraussetzung ein gehobenes Lebensniveau der großen Masse, der Arbeiter, der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die Entwicklung des Jahres 1924 hat die enge Verbindung zwischen Schicksal der Gemeinden und der allgemeinen Entwicklung in Reich und Staat rechtlos offenbart. Die zahlreichen Kommunalpolitiker, die auf allen Jagdwegen zum Mittelpunkt ihrer Erörterungen die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im frühesten Sinne (selbständiges Steuerrecht usw.) machten, verkanteten bei dieser einseitigen und teilweise recht unrichtigen Richtungsbewertung vollständig, daß die Wurzel des Übels nicht in der geschicklich unvermeidlichen Steuerreform Erbergers und in weniger anderen unangenehmen Folgeerscheinungen der nachrevolutionären Entwicklung lag, sondern die Gemeindepolitik selbst zum Stillstand, ja, zum Rückgang zurückzuführen war, wie die

allgemeine deutsche Wirtschaft sich nicht aufwärts entwickeln konnte. Die Rettung der Gemeinden lag nicht in einer Wendung des Finanzgleichs und in der Lösung anderer, von einem weiteren Gesichtspunkt aus nebenfächlicherer Fragen, sie lag darin, daß es gelang, den deutschen Wirtschaftsverfall zum Stillstand zu bringen.

Wenig wird es noch lange Zeit dauern, bis die deutschen Gemeinden wieder die Blüte der Entwicklung erreichen, auf die sie vor dem Kriege mit Recht stolz waren, aber niemand kann leugnen, daß das Jahr 1924 sie um ein ganz Bedeutendes weiter gebracht hat. Überall, vom kleinsten Dorfe angefangen, bis zu den großen deutschen Zentren kommunalen Lebens hat eine emsige und planmäßige Wiederaufbautätigkeit begonnen. Die Gemeinden kehren zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zurück. Überall werden Grundstücksankäufe zum Zwecke einer künftigen planmäßigen Wohnungs- und Wohnpolitik vorgenommen. Die gemeindlichen Verkehrsunternehmungen werden restauriert, Werke und Betriebe erneuert, für neue weitausschauende Pläne werden Vorarbeiten begonnen. Systematisch wird überall an der Ausbesserung der Schäden gearbeitet, die die verfallenen zehn Jahre seit Beginn des Krieges mit sich gebracht haben. Die Hoffungslosigkeit, die resignierende Mutlosigkeit, die zu Ende des Jahres 1923 für alle kommunalen Zusammenkünfte kennzeichnend war, ist dem Willen zum Wiederaufbau fast überall gewichen.

Im vergangenen Jahre haben in den größten Teilen Deutschlands Neuwahlen der Gemeindevertretungen stattgefunden. Wenn gleich die Sozialdemokratie seit Beginn des Jahres offensichtlich einen Sammlungsprozeß durchmacht, so haben doch die Gemeindevorwahlen dieses Jahres nicht die Möglichkeit gegeben, den alten Stand an Gemeindevertretern zu erhalten. An vielen Orten konnte vom Bürgerum die sozialdemokratische Mehrheit befestigt werden, die Parteien des Bürgerblocks schienen überhand zu nehmen. Es ist daher bezeichnend die Ironie der Entwicklung, die von uns schon bei den preussischen Gemeindevorwahlen vorausgesagt wurde, daß fast ausnahmslos die Bürgerblockmehrheiten nach den Wahlen politisch nicht haben zusammengehalten werden können. Die objektive Entwicklung der Dinge zwingt die Gemeinden, voranschauende Arbeit zu leisten. Solche Arbeit kann ausnahmslos niemals von Bürgerblockmehrheiten durchgeführt werden. Die Gruppen- und Interessengegenstände sind in den Reihen der bürgerlichen Parteien viel zu stark, sie prengen immer wieder den Zusammenhalt und lassen ein einheitliches Arbeiten für die Gemeinde nicht hochkommen. Umgekehrt sind die sozialdemokratischen Fraktionen immer diejenigen, deren ganze Tätigkeit reiflos und ohne jede innere Hemmung sich auf das Wohl und die Entwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden zu konzentrieren vermögen. Infolgedessen läßt sich die Sozialdemokratie bei der Mehrheitsbildung als stärkster positiver Faktor, der für die Gemeinde wirkt, niemals ausschalten. Die sachlichen Notwendigkeiten haben fast ausnahmslos stets den Bürgerblock gesprengt. Das gilt für große Gemeinden wie Berlin, wo der jetzt in seiner Mehrheit bürgerliche Magistrat seine wichtigsten wirtschaftlichen und finanziellen Vorlagen nur mit Hilfe der Sozialdemokratie durchzubringen vermag. Das gilt ebenso für fast alle anderen Orte, wo energiegeladener Kirchturngeist die vorantretenden Kräfte der Arbeiterbewegung aus der verantwortlichen Mitarbeit an der Entwicklung der Gemeinden ausschalten versuchte.

Die Sozialdemokratie hat sich als stärkster Träger gemeindlichen Aufwärtstrebens erwiesen. Ihre Gedankengänge sind es, die sich überall durchsetzen, die sich selbst dem widerwilligen Gegner aufzwingen und die der Sozialdemokratie eine sachlich größere Stärke auch in den Gemeindevertretungen geben, wo sie als Minderheit zu arbeiten gezwungen ist. Die Früchte dieser Arbeit haben sich namentlich in der Bekämpfung der kommunalpolitischen Missständen im vergangenen Jahre bei den Wahlen gezeigt. Das Jahr 1925 wird voraussichtlich für Preußen Neuwahlen bringen und die Sozialdemokratie wird Gelegenheit haben, bei diesen Neuwahlen die Scharten des Jahres 1924 auszuweihen.

Für die Gemeinden wird auch im neuen Jahre alles darauf ankommen, daß es gelingt, die verheißungsvoll begonnene wirtschaftliche Entwicklung weiter zu fördern. Nichts würde katastrophaler in den deutschen Gemeinden sein als ein Bürgerblocksturz in der Reichs- oder in der Preußenpolitik. Gleich gefährlich wäre für die Gemeinden eine Gefährdung der außenpolitischen Verständigung wie ein innerpolitischer Kurs der Lastenverteilung zugunsten kleiner Unternehmer und Interessengruppen gegen die breiten Massen der Bevölkerung. Die Gemeinden sind in ihrer Entwicklung angewiesen auf ein hohes Lebensniveau der breiten Schichten. Eine Politik der Schutzhölle, des Steuerrechts würde ihre Entwicklung auf das schwerste hemmen.

Indem die sozialdemokratischen Gemeindevertreter unermüdetlich sich an allen Orten für die Interessen der Gemeinde einsetzen, arbeiten sie direkt und indirekt im Sinne unserer Gesamtpolitik. Eine blühende Gemeindegewirtschaft steigert naturgemäß den Einfluß der Öffentlichkeit auf die wirtschaftlichen Kräfte, durchsetzt unser gesamtes Leben mit sozialistischen Gedankengängen und dient dem von uns gesteckten Ziele, die Wirtschaft dem Staate und nicht umgekehrt den Staat der Wirtschaft dienstbar zu machen. Die Auseinandersetzungen des kommenden Jahres werden für die deutschen Gemeinden insofern von entscheidender Bedeutung sein, als es sich darum handeln wird, ob die beginnende Gesundung vorübergehend oder von Dauer sein soll. Die sozialdemokratische Politik des außenpolitischen Ausgleichs und der Stützung der Massen in ihren wirtschaftlichen Interessen im Innern trägt am meisten dazu bei, diese für die Gemeinden so wichtige und notwendige Entwicklung zu fördern.

Angrenzende Gebiete.

Kiel. Streit im Kommunistenlager. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Mitteilung der kommunistischen Fraktion verlesen, wonach an Stelle des Stadtverordneten Beuf der Stadtverordnete Schälichting zum Führer der Fraktion bestellt sei, und drei von den sechs Stadtvorordneten, darunter Beuf, aus der Partei ausgeschlossen seien wegen Parteischädigung und großen Disziplinbruchs. Die Ausgeschlossenen erklärten, daß sie ihr Mandat nicht niederlegen, sondern die Entschädigung der Zentralpartei anrufen würden. Die Renegaten, die ihnen diese Formürfe gemacht hätten, möchten sich nur selbst in dem Spiegel sehen. Die angebliche Parteischädigung würde darin erblickt, daß sie die Courage gehabt hätten, ihre Meinung gegen Parteigestellte zum Ausdruck zu bringen, der Disziplinbruch darin, daß sie ihre Mandate nicht niederlegten.

Vermischte Nachrichten.

Resolvanertrag eines gekündigten Angestellten. Aus Hof in Bayern meldet der W.B.: Der zum ersten Januar entlassene frühere Kassierer Schoepf des hiesigen Konsumvereins drang in die Verkaufsstellen und Lagerräume ein und gab dort auf die anwesenden Angestellten Schüsse ab. Der Angestellte Friedrich Gehhardt, sozialdemokratischer Stadtrat, erhielt einen Schuß in das Gesicht und die Kontoristin Schödel zwei Schüsse in den Unterleib. Die Schüsse, die er gegen den Vorstand Jammer richtete, verfehlten ihr Ziel. Nach der Tat stieg Schoepf durch ein Fenster auf das Dach, brachte sich zwei Schüsse in den Kopf bei und fiel dann in den Hof hinab, wo er schwer verletzt liegen blieb. Die Verletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht. Mit Ausnahme der Kontoristin Schödel, die hoffnungslos darniederliegt, befinden sie sich außer Lebensgefahr.

Der Alkoholisismus in England. Jedes Jahr veröffentlicht das statistische Bureau für England und Wales die Zahl der

Strahlen und Kleinverkaufsstellen, sowie die Anzahl der Verurteilungen wegen Betrunktheit. Der Bericht für 1923 ist schon herausgegeben: Seit 1905 nimmt die Zahl der Strahlen- und der Kleinverkaufsstellen beständig ab. Die Zahl der ersteren betrug 1905 99 478, d. i. 29,97 auf 100 000 Einwohner; sie betrug 1923 noch 81 480, d. i. 21,22 auf 100 000 Einwohner. Die Kleinverkaufsstellen haben von 25 045 im Jahre 1905 abgenommen auf 22 097, oder von 7,47 auf 100 000 Einwohner auf 5,75. Umgekehrt weisen die Klubs, die in vielen Fällen nichts anderes als eine Wirtschaft für die Klubmitglieder darstellen, eine beträchtliche Zunahme auf. Ihre Zahl wuchs von 6589 im Jahre 1905 auf 11 126 im Jahre 1923, d. i. von 1,94 auf 100 000 Einwohner auf 2,90 an. Die Verurteilungen wegen Betrunktheit machen im ganzen 77 094 aus. Die Zahlen sind seit drei Jahren annähernd gleich geblieben. Die niedrigen Zahlen der Kriegsjahre (46 410 im Jahre 1917 und 29 075 im Jahre 1918) sind wieder weit überschritten; andererseits ist aber die Besserung gegenüber den Vorkriegsjahren doch sehr groß, das Jahr 1913 wies 185 877 Fälle auf. An den Verurteilungen haben die Frauen mit 13 244 Fällen gleich 17 Prozent einen bedeutenden Anteil. In 683 Fällen rührte die Betrunktheit von Mehlalkohol (Holzgeist) her, und zwar bei 394 Männern und 349 (1) Frauen. Im ganzen sind 167 mehr solcher Fälle als 1922. Daß lange nicht alle Fälle von Betrunktheit zur Bestrafung kommen, beweist die kleine nachstehende Zusammenfassung: Es wurden verurteilt wegen Betrunktheit 19 075 Männer, 4775 Frauen, wegen Betrunktheit mit Fälligkeit 42 235 Männer, 8208 Frauen, wegen Betrunktheit mit anderen Vergehen 2235 Männer, 261 Frauen; zusammen 63 850 Männer, 13 244 Frauen. Tatsächlich sind natürlich die Fälle einfacher Betrunktheit weitaus die zahlreichsten. Auffallend ist, daß Wales eine Zunahme der Verurteilungen von 26,4 Prozent gegenüber dem Vorjahre aufweist. Der Bericht gibt auch die Zahl der Todesfälle an Alkoholismus an: 278 Männer und 132 Frauen, sowie diejenigen an Lebererkrankung: 1169 Männer und 605 Frauen.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.
Der Tiefansläufer, der gestern bereits über Island erkennbar war, ist schnell nach dem mittleren Norwegen und nördlichen Schweden vorgezogen und hat dort überall starke bis stürmische Winde hervorgerufen. Das Hochdruckgebiet über dem südwestlichen Europa und Deutschland hat seine Lage nur wenig verändert. Da anzunehmen ist, daß bald ein neuer Tiefansläufer von Westen heranziehen dürfte, so wird die Witterung sich an der Küste nur wenig ändern.

Vorhersage für 8. und 9. Januar 1925.
Weiterhin Schlechtwetter mit starker Luftbewegung, milde, trüb, Regenfälle.

Schiffsnachrichten.
Angelommene Schiffe.
7. Januar.
Deutsch. D. Gina Kunstmann, Wittfock, Emden, Kohlen, 1 1/2 Tag. Dän. S. Maria, Hanjer, von Jamborg, leer, 1 Tag. Deutsch. D. Wskania, Heege, von Aarhus, leb. Vieh, 2 Tage. Deutsch. S. Anna, Normann, von Svendsborg, leer, 12 Stunden. Deutsch. D. Helgoland, Brindmann, von Halsborg, leb. Vieh, 20 Stunden. Deutsch. D. Friesland, Schwenn, von Stettin, leer, 1 1/2

In diesem Zeichen steht unser JA INVENTUR-AUSVERKAUF
Kommt alle! Es lohnt sich!
80%
KARSTADT

Tag. Deutsch. S. Helene, Mews, von Bismar, Eisen, 10 Stb. Schwed. D. Gestor, Elmén, von Stockholm, Stückgut, 2 Tage.
8. Januar.
Finn. D. Regier, Holmberg, von Helsingfors, Stückgut 2 1/2 Tage.
Abgegangene Schiffe.
7. Januar.
Deutsch. D. Wilhelm Kunstmann, Santowski, nach Gefle, leer. Deutsch. D. Inatira, Meyer, nach Neu-Fahrwasser, Stückgut. Deutsch. D. Bürgermeister Lorenz, Hammer, nach Burg a. S., Stückgut. Schwed. D. Westküsten, Larssen, nach Gothenburg, Stückgut.
8. Januar.
Deutsch. Seesch. D. Minna Schupp im Schleppe mit Seewischer Hennig, Henriette und Weser, leer nach Emden.

Marktberichte.
Getreide, Hamburg, 7. Januar. (Bericht des Vereines der Getreidehändler der Hamburger Börse). Die amerikanische Pause hat heute unsern Markt nicht sonderlich beeinflusst. Die ausländischen Offerten waren erhöht, aber man konnte hier unbedenklich kaufen. Von Umsätzen wurde wenig bekannt. Preise in Reichsmark für 1000 Kilo: Weizen 238-244, Roggen 280-240, Hafer 188-192, Gerste 215-270, Buchweizen 220-280 Mk. (ab inländischer Station, einseitig Vorkommern). Ausland. Gerste 220-285, Mais 212-216 Mk. frei Ratmaggon. Delfischen hatten kleines Geschäft bei unveränderten Preisen.
Oen und Stroh, Hamburg, 7. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für Weizenheu, lose, auf 4.- Mk. do. gepreßt auf 4,80 Mk.; Getreidestroh, gebündelt, auf 2,40 Mk. Getreidestroh, gepreßt, auf 2,45 Mk. Alle Preise verstehen sich je Zentner frei Waggon Bahnhöfe Hamburg, Altona, Wandsbek, expl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt eine Ankündigung der Firma Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, über ihren in vielen Tausenden von Fällen bewährten natürlichen Gesundheitswiederhersteller „Salvito“ bei, auf welche wir unsere Leser hiermit ganz besonders hinweisen. Ein Versuch mit diesem Mittel dürfte sich auf jeden Fall empfehlen.

Rundfunk-Programm.
Hamburger Rundfunk. — Welle 395.
Freitag, den 8. Januar.
7.25 Uhr vorm.: Uhrzeitzeichen. — 7.30 Uhr vorm.: Die Morag am Morgen. a) Nachrichtenteil, b) Unterhaltungsteil. — 12.55 Uhr nachm.: Haucener Festspiele. — 1.10 Uhr nachm.: Stereo-Auslandsfunk der Morag. — 1.20 Uhr nachm.: Schulfunk der Morag. Die Musik der europäischen Völker. Von Dr. Weid. — 1.50 Uhr nachm.: Die Eisverhältnisse. — 3.00 Uhr nachm.: Die Morag. — Hauptausgabe. a) Nachrichtenteil, b) Unterhaltungsteil. — 4.25 Uhr nachm.: Eisbericht. — 4.40 Uhr nachm.: Bücherfunk der Morag. — 5.05 Uhr nachm.: Tanzkonditionen der Funkwerkung. — 5.30 Uhr nachm.: Klaffische Märche. — 7.00 Uhr abends: Hans-Bredem-Schule für Volkswirtschaft. Schule der Landwirtschaft: „Miere Geräte und Maschinen als Helfer der Landwirtschaft.“ Vortrag von H. Mantelwitz. — 8.00 Uhr abends: Nieberdeutscher Balladenabend. Mitwirkende: Hans Langmaack, Rud. Möller. — 10.00 Uhr abends: Die Morag am Abend. — Frucht- und Gemüsemarkt. — Schmalzmarkt. — Politik. — The News. — Sportfunk.

Spezialgeschäft für erstklassige und preiswerte Rundfunkapparate sowie sämtl. Zubehör
Haus der Technik
Untertrave 111 Lübeck Fernsprecher 1103

MAGGI Würze ist einzig in Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit
Man verlange ausdrücklich MAGGI-Würze
Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu R.-M. 5.—
Man achte auf unverschrten Plombenverschluss

Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Hahn, unterstellt.

Amlicher Teil

Bekanntmachung

Nach dem Gesetz betreffend die Förderung der Rindviehzucht vom 29. November 1909 dürfen zum Bedecken fremder Kühe und Stuten nur Stiere verwendet werden, die durch die von der Landwirtschaftskammer eingesetzten Körkommissionen angefochten worden sind. Zeit und Ort der Hauptprüfung werden von der Landwirtschaftskammer noch bekanntgegeben.
Die Stierbesitzer haben ihre Stiere bis spätestens zum 1. Februar 1925 bei den Vorsitzenden der Körkommission schriftlich anzumelden, und zwar schwarzbunte Stiere bei dem Hünner Fr. J. Jaacks in Dittan bei Kurau, und rotbunte Stiere bei Herrn Rich. Peckelhoff, Lübeck, Schmiedestraße 23. Vordrucke für die Anmeldung sind von der Landwirtschaftskammer, den Vorsitzenden der Körkommissionen sowie von den Gemeindevorsteher in den lübeckischen Landgemeinden zu beziehen. Die Vordrucke sind genau und wahrheitsgetreu auszufüllen und mit Datum und Unterschrift zu versehen.

Zugleich mit der Anmeldung ist ein Abstammungsnachweis vorzulegen.
Lübeck, den 7. Januar 1925. (291)
Die Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

Bekanntmachung

In Gemäßheit des Gesetzes vom 23. Juni 1922, die Körnung der im Besitze von Privatpersonen befindlichen Zuchtstiere betreffend, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die diesjährige Pengeförderung am **Mittwoch, dem 11. Februar 1925, vorm. 9 Uhr** auf dem Hofplatz des Fuhrwerksbesizers Joach. Parbs, Kreuzweg 5, hier selbst stattfindet. Die Anmeldungen der anzuführenden Stiere haben bis zum 30. Januar d. Jz. auf einem im Geschäftszimmer Schmiedestraße 23 erhältlichen Formular zu erfolgen.
Lübeck, den 7. Januar 1925.
Die Landwirtschaftskammer für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck.

Forstlicher Auktionen-Verkauf

am Sonnabend, dem 10. Januar d. Jz. von vormittags 12 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Paepfe in Behlendorf aus dem Forstort Albsfelder Lannen
3237 Stück Nichten I.-VI. Kl., Nr. 1-216. Verzeichnisse vom 7. d. Mts. ab beim Förster Hoffmann in Albsfelde und im Verkaufsort, Kiserau, im Januar 1925.
290 Der Oberförster.

Nichtamtlicher Teil

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zu unserer silbernen Hochzeit sagen allen ihren herzlichsten Dank (385)
Aug. Rockzien und Frau

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Verwaltungsstelle Lübeck

Nachruf!
Am 4. Januar starb unser Kollege
Norrmann Liebe
Seine feinen Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 9. Januar 1925 nachm. 1 1/2 Uhr von der Kapelle Borwerk statt. (318)
Die Ortsverwaltung

Heute erkrankt ich nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann Heinrich Stechmann tief betrauert von mir und allen Angehörigen
Antje Stechmann geb. Heidorn Lübeck, 7. Jan. 1925 Johannistr. 22
Beerdigung Dienstag 13. Jan. 1 1/2 Uhr, Kapelle Borwerk

Nach kurzer schwerer Krankheit erkrankt am Mittwoch nachm. mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Schwager
Fritz Teckenburg im 74. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Luisa Teckenburg und Kinder.
Beerdigung Montag, d. 12. Januar, 2 1/2 Uhr, Kapelle Borwerk. (333)

Nach längerem Leiden starb heute mein lieb. Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater
Friedrich Hohnsbein im 82. Lebensjahre. In tiefer Trauer:
Maria Hohnsbein, geb. Stoppel nebst Kindern und allen Angehörigen.
Lübeck, den 6. Januar 1925.
Beerdigung Montag, den 12. Januar, 10 Uhr, Kapelle Borwerk. (338)

Deutscher Verkehrsband
Ortsverwaltung Lübeck
Nachruf!
Am 5. Jan. starb unser treuer Kollege, der Arbeiter (332)
Nikl. Lehmann
Seine Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag abend d. 10. d. Mts. nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Borwerfer Friedhof statt.
Die Ortsverwaltung

1 Silberbratfahne zu verk. u. emir zu verk. (308)
Blotting, Neustadt 14.
Eleg. Badstube b. zu verk. (301)
Mittelstr. 29, ptr.
Guterh. Beddigröhr-Kinderwagen zu verk. (309)
Hohelandstr. 65, II.

Verband der Maler
Am Sonntag, dem 4. ds. Mts., verstarb unser langjähriges, treues Mitglied, der Kollege
Emil Satow
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Beerdigung am Freitag, 9. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, in Borwerk. (311)
Der Vorstand.

Rad färben Montag abend Enger Krambuden geistlichen Rad m. 1 Korb Affir. 88 hingestellt und stehen lassen unt. Witnag. des H. Korbes m. Wäsche. Personen, über d. Täter Aust. geb. L. erh. g. Beloh. Friedenstr. 60 J. 3299 (300)
Gef. ein Trauring geg. F. Hagemeier 20. 7. 24 Abzuh. geg. Erst. d. Unt. 299) Chafotstr. 18II

Keller
Königstraße 20 zu vermieten. Näheres Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6. (298)

Vorwärts-Abreißkalender
1 9 2 5
Künstlerische Ausstattung
Jeder Tageszettel illustriert
Preis 2 Mark
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Eimerbier

Jeden Freitag
von 4-6 Uhr.
324) Brauerei Wilcken
sowie Annistr. 21 a,
Travellmannstr. 21

Der

Frauenroman!
Milde Lichtwark

von
Richard Lohmann.
Preis 2.50 M.
Buchhandlung
„Süd. Volksbote“
Johannisstraße 46.

Gegen d. Alkohol!

Veröffentlichungen
d. Arbeiter-Abstinenz-
Bundes:

Wider den Trunk
Stimmen der Dichter
Preis 40 Pf.

Karl Marx und wir
Arbeiter-Abstinenz
Preis 10 Pf.

Alkohol und Krankheit
Preis 5 Pf.

Jugend und Alkohol
von Victor Adler
Preis 5 Pf.

Zur Alkoholfrage
Preis 10 Pf.

Arbeiterversicherung
u. Alkoholisimus
Preis 10 Pf.

Alkohol, Strafrecht und
Strafreform

Von Rechtsanwalt
Dr. Siegf. Weinberg
Preis 10 Pf.

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46.

Srik Reuters

Ausgewählte Werke
3 Bände Ganzleinen
11.25 M.
Buchhandlung
„Süd. Volksbote“
Johannisstr. 46

Inventur - Ausverkauf

Nur noch 11 Tage dauert diese Veranstaltung.

Bett 1	Bett 2	Bett 3	Bett 4	Bett 5	Bett 6	Bett 7
Oberbett 17.25 Unterbett 13.25 Pfuhl... 5.25 Kissen... 4.70	Oberbett 22.00 Unterbett 15.00 Pfuhl... 6.75 Kissen... 5.75	Oberbett 26.00 Unterbett 20.50 Pfuhl... 8.00 Kissen... 6.50	Oberbett 31.50 Unterbett 26.50 Pfuhl... 11.00 Kissen... 7.50	Oberbett 37.50 Unterbett 34.25 Pfuhl... 16.00 Kissen... 11.00	Oberbett 44.00 Unterbett 39.00 Pfuhl... 17.75 Kissen... 14.25	Oberbett 56.50 Unterbett 43.50 Pfuhl... 18.50 Kissen... 15.00
kompl. 39.75	kompl. 49.50	kompl. 61.00	kompl. 76.50	kompl. 98.75	kompl. 115.00	kompl. 133.50

Bett- und Küchen-Wäsche

Bettbezüge kräftige Qualität früher 5.95... jetzt 4.90	Betttücher ungel. Wäschetuch, volle Größe, früher 3.85 jetzt 2.95	Handtücher gesäumt, gebändert m. rot. Kante 75.90
Bettbezüge appreturfrees Wäschetuch, früh. 6.95 jetzt 5.50	Betttücher kräft. Haustuch früher 4.95... jetzt 3.95	Handtücher weiß Drell mit Borte statt 1.85... jetzt 1.58
Bettbezüge geblümt Kattun, volle Größe, früh. 8.50 jetzt 6.95	Betttücher Ia Halbleinen früher 8.00... jetzt 6.95	Geschirrtücher rot-bl.-w.B. kar. statt 68 jetzt 48.90
Bettbezüge rot u. weiß kar., volle Größe, sonst 8.50 jetzt 7.25	Kissenbezüge weiß Wäschetuch Langfrüh. 2.45 jetzt 1.95	Geschirrtücher kar. Halblein. statt 78 jetzt 68.90
Bettbezüge gestreift Satin früher 11.50... jetzt 9.95	Kissenbezüge mit Lochstickerei früher 3.95 jetzt 2.75	Geschirrtücher w.B. m. rot. Kante 60x80 cm jetzt 1.18
Bettbezüge Ia Damast 140x200 cm jetzt 13.95	Ueberlaken in vielen Ausführung. 19.50 16.50 14.75 11.75	Geschirrtücher Körper. Ia Ware 60x60 cm jetzt 1.20

Bettbezugstoffe	Bettuch-Stoffe	Bett-Inletts
Wäschetuch appreturfrees Ware 140cm sonst 2.40 jetzt 1.95	Haustuch feste Ware, volle Bettbreite... Mtr. jetzt 1.78	Unterbett-Inlett grau-rot gestr. Mtr. 1.95
Linon feinfädige Qualität, volle Breite früher 2.35... jetzt 1.95	Stouts schwere Qualität ca. 140 cm breit. Mtr. jetzt 1.38	Unterbett-Inlett pa. gestreift federdicht jetzt 3.95
Stouts haltbare Ware, gebleicht Bettbreite jetzt pr. Mtr. 1.25	Halbleinen unverwüsthche Qual., 140 cm, sonst 3.60 jetzt 2.95	Oberbett-Inlett 140 cm br., echt-rot u. federdicht 3.95
Züchen rot-weiß kariert 140 u. 130cm br. 2.25 1.95 u. 1.58	Halbleinen grobfädig, 140 cm br. früher 3.85... jetzt 3.30	Oberbett-Inlett echt türkischrot u. federdicht Mtr. 4.75
Bettsatin gestreift, volle Breite Mtr. 2.75	Reinleinen mittelfädige Qualität 140 cm breit... Mtr. 4.50	Kissen-Inlett federdicht u. echt-rot 80 cm breit.. 2.45
Damast in nur besten Qualitäten Mtr. 3.95, 3.60, 2.95	Halbleinen 160 cm breit, prima f. Ueberlaken u. Betttüch. 5.60	Kissen-Inlett türkischrot u. federdicht, 80 cm breit 2.95
Hemdentuche mittelfädige Qualität, für alle Wäsche sonst 78.90 jetzt 58.90	Unterrock-Barchent dunkelgestreift, warme Qualität... sonst 2.30 jetzt 1.95	Hemden-Barchent weiß mit blauen Streifen, gut geraht... pr. Mtr. 95.90
Hemdentuche für Männerhemden, grobfädig statt 1.18 jetzt 98.90	Turn-Körper dunkelblau, für Reformhosen 75 cm breit... Mtr. 1.95	Turn-Körper dunkelblau, für Reformhosen 75 cm breit... Mtr. 1.95
Rein-Mako für feine Damenwäsche, 80 cm breit jetzt pr. Mtr. 98.90	Blaudruck ca. 120 cm breit, in prima Qualität... jetzt Mtr. 1.68	Kleider-Barchent dunkle Muster... sonst 1.95, jetzt Mtr. 1.40
Körper-Barchent ungelbleicht, gut gerahte Ware sonst 1.20 jetzt 98.90	Kleider-Barchent dunkle Muster... sonst 1.95, jetzt Mtr. 1.40	Hauskleiderstoffe dunkel kariert, 105 cm breit... früher 1.95, jetzt Mtr. 1.98
Schürzenstoffe 116 cm breit, prima waschechte Qualität... jetzt Mtr. 1.28	Hauskleiderstoffe dunkel kariert, 105 cm breit... früher 1.95, jetzt Mtr. 1.98	Gestreift Frottee ca. 120 cm breit... früher 4.75, jetzt 2.45
Handtücher Gerstenkorn mit roter Kante statt 68.90 jetzt Mtr. 48.90		
Handtücher reinleinen Gerstenkorn, schwere Ware jetzt pr. Mtr. 1.18		

Hans Struve Lübeck

Reudsborg Neumünster Itzehoe Königstraße 87/89 Ecke Wahnstraße (20265)

Städtisches Orchester

Sonnabend, den 10. Januar 1925
abends 7 1/2 Uhr:

Volkstümliches KONZERT

im Gewerkschaftshaus
Leitung: Generalmusikdirektor
Karl Mannstaedt

Karten zu 0.50 Mk. in den Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung BUSE, BORCHERT (Breite Str.), BARNEKOW, (Flüsterdamm) sowie Gewerkschaftshaus und den Warenausgabestellen des Konsum-Vereins

Weißer Engel. Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50/52 (289)
Täglich: Künstler-Konzert
Bier - Wein - Kaffee
Speisen zu jeder Tageszeit!

Gebr. Hirschfeld

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion
Lübeck, Breite Straße 39-41

Großer Inventur-Ausverkauf

Unerreichte Billigkeit

Wir machen besonders aufmerksam auf die Restbestände der letzten Sommersaison, wie:

- Sommer-Mäntel, Regenmäntel,
- Jackenkostüme, Waschkleider,
- Waschröcke - Waschblusen,
- Kinderwaschkleider

die außergewöhnlich billig verkauft werden

Diese Woche mittags von 1-2 Uhr geschlossen

Luisenlust

Freitag: Gr. Tanzkränzchen

Fledermaus

Das Schlager-Programm!
Jede Nummer eine Attraktion

Elli de Réne Tänzerin
Wally Mareilly Kontorsionist. Akt

Günther Waas Stimmungssänger zur Laute
Eretta & Eresto Geschickte Ungeschicklichkeit

Severa & Tervano mond. exzent. Tänze, Union-Palast, Berlin

Takahashi Original japan. Antipode und Springer
Hansa-Theater, Hamburg Wintergarten, Berlin

TANZ Bierabteilung. - Kleine Preise

Jeder muß das hervorragende Programm gesehen haben

„Weißer Engel“

Sonnabend, den 10. Januar 1925:
4. Familien-Ball

Waschb. 19 Goldpf., Lichtstrom khw 60, Kraftstrom 27, Wasser chm 15/30, beheizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpf. (304)

D. V. B.

Borstandssitzung
am Freitag, 9. Januar
abends 7 Uhr
im Bureau (381)

Sparklub

So bi lütten
von 1900

Verammlung
Freitag, 7. Jan., abds. 8 U.
Arbeiter-Sportheim
Quendstraße 41 (384)

Hansa-Theater

-Klause
Täglich: (297)
Konzert
orig. bayr.
Schrammel-Trio
Stimmung Humor
Kaltes Büfett

Hania-Theater

Donnerstag, 8. Januar
Herausforderungs-
Boxkampf
Buchheim
Leipzig 104, Kilo
gegen Kisch
Polen 128 Kilo
Ferner ringen:
Warjak geg. Küpper
Finn. Riese Rhn. Harvales
Reglin gegen Zilch
Lübeck Besterreich
Entscheidungskampf
Grüneisen g. Steurs
Schweiz Antwerpen
Varlets 8 Uhr
Ringkampf 9.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 7.30 Uhr:
Minna von Barn-
helm (19. Abonne-
ment-Vorstellung)
Freitag, 7.30 Uhr:
Tannhäuser
Sonnabend, 7.30 Uhr:
Käthchen von
Heilbronn
Sonntag, 2.30 Uhr:
Mariha (3. Fremden-
vorstellung)
Gastspiele:
Elsa Buchholz
Sonntag, 7.30 Uhr:
Undine und
Dienstag, 7.30 Uhr:
Fledermaus (Adele)
Montag, 7.30 Uhr:
Die lustigen
Vagabunden

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 8. Januar.

Die Aufwertung von Ansprüchen aus Lebensversicherungs- und ähnlichen Verträgen.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. August 1924 ist die durch die dritte Steuernotverordnung bestimmte Aufwertung von Ansprüchen aus Lebensversicherungs- und ähnlichen Verträgen im einzelnen ausgebaut worden. Es kommen danach sämtliche Ansprüche der Versicherten aus Lebensversicherungs- und ähnlichen Verträgen zur Aufwertung, soweit sie

1. vor dem 14. Februar 1924 begründet sind,
2. die Zahlung einer bestimmten, in Reichsmährung ausgedrückten Geldsumme zum Gegenstand haben, und
3. durch den Währungsverfall entwertet sind.

Hierher gehören: Versicherungen auf den Lebens- und auf den Todesfall, Kapital- und Rentenversicherungen, außerdem Invaliditäts-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer- und Militärrentenversicherungen. Dabei ist gleichgültig, ob sie auf Kapital oder Rente gestellt sind.

Ansprüche aus Kranken-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen sind unter denselben Voraussetzungen der Aufwertung unterworfen, wenn die in Betracht kommenden Versicherungsunternehmen nach gesetzlichen oder behördlichen Bestimmungen gehalten waren, für diese Ansprüche einen Prämienreservefonds zu bilden. Hier müßte sich der Versicherer, ehe er in diesen Fällen auf eine Aufwertung hofft, vorerst Gewißheit darüber verschaffen, ob ein solcher Prämienreservefonds zu bilden war oder nicht. Dabei soll jedoch gleich darauf hingewiesen werden, daß es einer Anmeldung der aufzuwertenden Versicherungsbeträge nicht bedarf.

Voraussetzung für den Aufwertungsanspruch ist, daß der Versicherte mit einem privaten, auf Grund des Versicherungsgesetzes vom 12. Mai 1901 zugelassenen Versicherungsunternehmen oder mit einer auf Grund landesgesetzlicher Bestimmungen errichteten öffentlichen Versicherungsanstalt einen Versicherungsvertrag abgeschlossen hat. Diese Voraussetzung schließt nicht das Erfordernis ein, daß der Versicherungsfall — z. B. also der Tod bei Versicherung auf Todesfall — schon vor dem 14. Februar 1924 eingetreten ist.

Von der Aufwertung scheiden von vornherein solche Ansprüche aus, die nicht innerhalb einer im Versicherungsvertrag festgelegten Frist geltend gemacht sind; also sogenannte nach § 12 des Versicherungsvertragsgesetzes vom 31. Mai 1908 verwickelte Ansprüche. Das gleiche gilt auch für Versicherungen auf den Todesfall, wenn die Person, auf die die Versicherung genommen ist, Selbstmord begangen hat; es sei denn, daß hierüber im Versicherungsvertrag bestimmte Vereinbarungen, die seine Wirkungen auch in diesem Falle nicht ausschalten, getroffen wurden.

Im weiteren enthält die Verordnung vom 28. August 1924 Bestimmungen über den aus bestimmten Vermögenswerten der Versicherungsunternehmen zu bildenden Aufwertungs- und Reservefonds, aus dem die Ansprüche der Versicherten befriedigt werden sollen. Sie enthält ferner die Anweisungen über die Geschäftsführung des zur Verwaltung des Aufwertungsstocks zu bestellenden Treuhänders, über die Aufstellung des Verteilungsplanes und die gesamte Abwicklung des Aufwertungsverfahrens.

Es mag hier noch darauf hingewiesen werden, daß sich die Versicherungnehmer keinen großen Hoffnungen auf ein sehr gutes Aufwertungsergebnis hingeben; denn es steht zu erwarten, daß wohl in keinem Falle die für Hypotheken vorgesehene Aufwertungsgrenze von 15 Prozent erreicht wird, vielmehr die aufgewerteten Versicherungsbeträge noch um ein Beträchtliches darunter bleiben und nur wenige Prozente ihres ursprünglichen Goldwertes ausmachen werden.

Unverantwortliche Auswanderungspropaganda.

D. A. I. Trotz der Mißerfolge der Auswanderergruppe des Prof. Kürschner-Ulm in Peru wird in letzter Zeit durch die deutsche Presse und durch eigens zu diesem Zweck gegründete Auswanderer- und Siedlungsgesellschaften eine unverantwortliche Propaganda für ein Kolonisationsunternehmen in Jannern von Peru gemacht, ohne daß genau zu erkennen wäre, um welches Siedlungsgebiet es sich handelt. Beachtenswert erscheint daher eine Mitteilung, welche der deutsch-evangelische Geistliche in Lima und Callao in Peru vor kurzem dem Deutschen Auslands-Institut gemacht hat. Er schreibt: „Sind auch Gegenwart und Zukunft in Deutschland dunkel, noch viel dunkler ist das Schicksal, das den deutschen Auswanderer und seine Angehörigen im Innern Perus erwartet. Dieses ist noch ohne genügende Verbindung mit der Küste und eignet sich daher nicht zum Kolonisieren. Eine Kommission von deutschen Sachverständigen hat dies festgestellt. Von ihr ist das Problem der deutschen Einwanderung eingehend erwohnen und unausführbar gefunden. Mehrere von Engländern, Amerikanern und Ungarn gemachte Kolonisationsversuche sind wegen des Mangels an Wegen und Verkehrsmitteln mäßig gescheitert. Die riesigen Entfernungen in dem spärlich bevölkerten ausgedehnten Land bringen aufreibende Strapazen und enorme Kosten. Verpflegungen, welche in Wäldern und Zelungen gemacht werden, sind ganz wertlos, solche, von Personen gegeben, sind mit größter Vorsicht zu behandeln. In jedem Falle sollten die offiziellen Auskunftsstellen in Deutschland, die ständig auf dem laufenden erhalten werden, um Rat gefragt werden. Wer sich trotz dieser gutgemeinten Warnung verleiten läßt, hat es schwer zu büßen und wird es bitter bereuen, wenn er bei seiner Ankunft im fremden Lande allein steht, denn die kleinen deutschen Kolonien in Lima und Callao sind nicht in der Lage, wirksam zu helfen, da sie durch Aufwendungen für humane Zwecke innerhalb der Kolonie und für die Not im Vaterlande pekuniär bis zum äußersten in Anspruch genommen sind.“

Arbeitszeit und Alkohol.

Auf dem fünften Alkoholgegnerischen Kongress in Basel erklärte der baselländische Nationalrat Genosse Stefan Gschwind, der sich namentlich auf genossenschaftlichem Gebiet verdient gemacht hat, über die wirtschaftliche Seite der Alkoholfrage: „In dem Maße, wie die Abstinenz wächst, wird auch die Produktion zunehmen, denn jeder abstinente Arbeiter hat nach anderer Richtung hin wesentlich mehr Bedürfnisse, tritt also nach anderer Richtung in vermehrtem Maße als Konsument auf, schafft somit wieder mehr Arbeitsgelegenheit. Die Produktion wird also durch die Abstinenz gefördert. Ich habe in meinem Geschäft die Erfahrung gemacht, daß abstinente Arbeiter mehr Bedürfnisse haben als Trinker: bessere Kleidung, bessere Nahrung, bessere Wohnung; das sind drei der bestbelegtesten Fortschritte. Auch haben sie mehr Bedürfnisse für Literatur und Kunst und andere edle Vergnügungen. Verheiratete abstinente Arbeiter sehen es viel eher, wenn die Kinder in zer-

rissenen Kleidchen einhergehen. Die Abstinenz steigert die Lebenshaltung, vermehrt also die Arbeitsgelegenheit.

Es wird gesagt, eine lange Arbeitszeit sei die beste Schutzwehr gegen den Alkoholismus, überhaupt sei der am glücklichsten, der lange arbeite, kurze Arbeitszeit mache nur begehrt und unzufrieden. Es kommt doch ganz darauf an, welcher Art die Arbeit ist, namentlich, ob sie eine selbst gewollte, gern vollzogene, dem Individuum angepaßte ist. Wenn ja, so ist die Arbeit Lust, wenn nein, so ist sie Last, und in letzterem Falle soll sie kurz sein, damit dem Arbeiter für seine individuelle Betätigung noch Zeit bleibe. Vom Maße dieser freien Zeit wird es wesentlich abhängen, ob der Mann zum Alkohol greift oder nicht. Ist die freie Zeit so groß, daß es sich lohnt, eine edlere Unterhaltung aufzusuchen, so wird er es tun. Ist aber die Zeit kurz, so wird Bier oder Schnaps sein Gesellschaftler werden.

Ich wiederhole meine Erfahrung als Arbeitgeber: Die abstinente Arbeiter machen bedeutend höhere Lohnansprüche als die Trinker, diese vegetieren dahin, sind beim Alkohol zufrieden, arbeiten, wenn es begehrt wird, länger, erweisen sich aber als unzuverlässig, während die Mäßigen und die Abstinenten bei kürzerer Arbeitszeit mehr und bessere Arbeit leisten, daher auch besser bezahlt sein wollen. Ich halte es daher für unumgänglich notwendig, wenn wir das arbeitende Volk auf eine höhere Stufe bringen wollen, nicht nur für die Abstinenz, sondern auch für eine wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten.“

Diese Rede wurde 1895, also lange vor Einführung des Achtstundentages gehalten. Die Erfahrung hat inzwischen ihre Ausführungen bestätigt. Wer die Arbeitszeit verlängert, fördert den Alkoholismus. Wer die Freizeit dem Arbeiter wertvoll machen will, muß den Alkohol bekämpfen.

Die Verwendung der Hauszinssteuer.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die von den Länderparlamenten im laufenden Jahre zu erledigen sind, ist eine Neuregelung der Verteilung und Verwendung der Hauszinssteuer. Während des Wahlkampfes hat zwar das preussische Wohlfahrtsministerium in verschiedenen Zuschriften an die Presse auf die bedeutenden Leistungen hingewiesen, die für den Wohnungsbau zu verzeichnen seien. Es kann, so schreibt der Soz. Pressedienst, auch nicht bestritten werden, daß das Jahr 1924 einen bedeutenden Aufschwung der Neubautätigkeit gebracht hat. Charakteristisch für die Entwicklung ist aber die vollkommene Planlosigkeit und der Mangel an einem einheitlichen Wohnungsbauprogramm für das Reich oder wenigstens für die einzelnen Länder.

Eine Statistik des Berliner Statistischen Amtes über die Verwendung der Hauszinssteuerhypotheken in Groß-Berlin bis zum 1. Oktober vorigen Jahres zeigt deutlich die Mängel, die dem augenblicklichen System anhaften. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum für 3920 Wohnungen 23 126 000 Mark Hauszinssteuerhypotheken bewilligt. Das kommt einem Durchschnittssatz von 5900 Mark Hauszinssteuerhypothek für die Wohnung gleich. Die reinen Baukosten (ohne Grundstückskosten) betragen für diese Bauten rund 45 Millionen; das bedeutet also, daß die Hauszinssteuerhypothek nur die Hälfte der Baukosten darstellt und die Summe von 22 Millionen dem freien Markt entnommen werden mußte. Da nur in ganz beschränktem Umfang erste Hypotheken zu dem niedrigen (1) Zinssatz von 10 Prozent beschafft werden konnten, ist die Folge, daß die Ausnutzung der Hauszinssteuerhypothek in erster Linie den bemitteltesten Kreisen zugute kommt. Das zeigt auch in Groß-Berlin die Verteilung der Neubauten auf die einzelnen Bezirke. Selbstverständlich ist im Innern des alten Berlin die Neubautätigkeit verhältnismäßig gering, umso mehr konzentriert sie sich auf die westlichen begünstigten Bezirke, von denen Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Steglitz allein beinahe die Hälfte aller Neubauten aufweisen. Genossenschaftlich für die soziale Differenzierung ist die Tatsache, daß von diesen 3920 Neubauten 2720 in Hochbauten und nur 1200 in Flachbauten hergestellt wurden. Diese 1200 Flachbauten wurden fast ausschließlich von einigen Einzelpersonen und gemeinnützigen Unternehmungen hergestellt, während gewerbliche Unternehmungen (Bauunternehmer usw.) fast ausschließlich Hochbauten herstellten.

Weiter kommt die Planlosigkeit des jetzigen Bauverfahrens in der unerhörten Steigerung der Baumaterialpreise zum Ausdruck, die im vergangenen Jahre stellenweise Preissteigerungen von über 100 Prozent ausgemacht haben. Es fehlt leider noch eine statistische Erhebung über die Mietpreise für Ein-, Zwei- und Dreizimmerwohnungen in den neu hergestellten Häusern. Eine solche Statistik würde sofort zeigen, daß auch die Preisbildung der Mieten durch die Planlosigkeit der

Herstellung außerordentlich ungünstig beeinflusst wird. Es gilt in Berlin bereits als Regel, daß eine einfache Zweizimmerwohnung in Neubauten nicht unter 50 Mark monatlich (und Bauzuschuß) zu haben ist, d. h. für einen Arbeiter mit einem Durchschnittseinkommen von vielleicht 130 bis 150 Mark unerwünscht wird.

Es muß unbedingt gefordert werden, daß die Parlamente einen größeren Teil der Hauszinssteuer für Wohnungsbauten bestimmen, daß nicht 5000 Mark als Durchschnittssatz für eine Wohnung, sondern mindestens 8—10000 Mark als Durchschnittssatz für die Beheizung bestimmt werden. Ferner müssen Kommunen wie Länder in den freien Bauplätzen dadurch eingreifen, daß sie mit allen Mitteln der Verteuerung der Baumaterialienpreise entgegenarbeiten und auf diese Weise das In-die-Höhe-Treiben aller Preise zu verhindern suchen.

Kreisconferenz des Kreises Lauenburg.

Büchen, 5. Januar.

In Büchen, im Gasthof von Schulz, tagte die Konferenz des Kreises. Vertreten waren 17 Ortsvereine, es fehlten drei. Erschienen waren 61 Vertreter, davon sieben Kreisvertreter, der Bezirksvorstand war durch den Genossen Verdieck, Lübeck durch den Sekretär Weiß und der Unterbezirk durch den Genossen Kabelely vertreten. Außerdem war noch der Genosse Louis Bieker, Haisbüttel, anwesend. Auch der Landarbeiterverband war durch einen Genossen vertreten. Genosse Zimmer-Belenhorst eröffnete die Versammlung und begrüßte zunächst die obgenannten Gäste und den Vertreter der Kreise, und trat dann in die Tagesordnung ein. Er erteilte dem Genossen Saeger-Grünhof das Wort zu dem Bericht über die Sitzungen des Kreisrates und Kreisauschusses. Zur Aufklärung über das Schaalseeprojekt hatte der Genosse Wagner-Mölln den Landrat um Entsendung eines Fachmannes zur Konferenz gebeten, der Landrat hat das glatt abgelehnt. Genosse Saeger berichtet, daß im Kreisrat neben 13 Bürgerlichen 9 SPD. und 2 KPD. vorhanden seien. Bei den Wahlen zum Kreisrat waren durch das Verhalten der KPD. 4 Bürgerliche und 2 SPD. gewählt. Der Kreis Lauenburg habe im Staate Preußen immer noch ein gewisses Reformrecht, und dieses Recht, welches schon nicht immer geachtet worden, sei in der letzten Zeit wieder erobert. Die Fortverwaltung, die früher sehr souverän gewesen sei, sei durch den Einzug der Arbeitervertreter mehr an den Fingern abzuzählen. Der Kreis erhebt 18 Prozent Kreissteuer.

Für die Fürsorge sollen die Gemeinden nach einem Beschluß des Kreisrates mit 50 Prozent belastet werden. Gegen diesen Beschluß hätten sich aber schon viele Gemeinden gewandt. Im Kreise sei die Erbauung einer Bahn von Mölln nach Steinfort und von Mölln nach Nimmühle geplant. Der Plan sei aber durch das Schaalseeprojekt nicht zur Ausführung gekommen.

Genosse Wagner erläuterte dann das Projekt der Errichtung eines Elektrizitätswerkes am Schaalsee.

Genosse Rubach ergänzt die Berichte und ist der Meinung, daß man bei der Kreisratswahl lieber einen KPD. mit hinein hätte wählen sollen, als daß vier Bürgerliche hinein gekommen wären. Er verurteilt, daß unsere Kreisratsmitglieder das Telegramm an den damaligen Reichsminister Cuno mit unterschrieben hätten. Auch hätten ihn die sämtlichen Kreisratsmitglieder bei der Abstimmung einer prinzipiellen Frage im Stich gelassen.

Zu dieser Sache sprechen noch die Genossen Bieker, Puttfarcken und Heine. Der Letztere trägt noch allerhand Klagen betreffs Festeisen und Zustände in der „Laula“ vor.

Genosse Gies-Belenhorst fordert eine bessere Zusammenarbeit der Kreisratsfraktion und der Kreisratsmitglieder mit der Organisation. Auch bemängelt er die Berichterstattung über die Sitzungen im Kreisrat und im Kreisrat, er stellt die Berichterstattung des Kreises Stormarn demgegenüber als Muster hin. Genosse Heine fordert eine besondere Initiative von Seiten unserer Kreisratsfraktion. Er wird darin vom Genossen Zimmer-Belenhorst unterstützt. Dieser fordert eine größere Aktion in der Behebung der Wohnungsnot und der Bildungsarbeit sowie der Wohlfahrtsleistungen. Genosse Verdieck und noch mehrere Genossen traten den Ausführungen von Rubach betreffs der Wahl von KPD.-Leuten in den Kreisrat entgegen, denn die KPD.-Mitglieder hätten eine strenge Anweisung der Zentrale, allüberall gegen unsere Genossen zu stimmen. Mehrere Genossen stehen wieder auf dem Standpunkt des Genossen Rubach. Kabelely begrüßt die heutige sachliche Arbeit und freut sich über die vorgebrachten Vorschläge zur kräftigen Agitation. Genosse Brest befürwortete dann noch ein enges Zusammenarbeiten des Landarbeiterverbandes mit unserer Partei, welches schon vorher auch vom Genossen Verdieck die Zustimmung gefunden. Der Genosse Bieker trägt dann das Programm der im Kreise Stormarn formulierten Forderungen unserer Fraktion vor:

1. Wegebau (Beschaffung von Kiesgruben) durch den Kreis.
2. Fürsorgepflicht (Übernahme auf den Kreis).
3. Heranziehung der örtlichen Wohlfahrtsausschüsse.
4. Wohnungsbau.
5. Finanzpolitik.
6. Domänenverwaltung (freihändige Verpachtung), Abtrennung von Baugelände zu Wohnungen und Hergabe von Land.
7. Lohnpolitik (Aufhebung des Sperrgesetzes). Bessere Bezahlung der Beamten und Angestellten. Bessere Entlohnung der Arbeiter des Reiches.

Dieses empfiehlt der Genosse Bieker den Arbeitsgemeinschaften zur Prüfung und Inangriffnahme seitens des Kreises Lauenburg.

Betreffs der Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften wird nach kurzer Debatte ein Vorschlag Biekers angenommen, der darin geht, daß von den männlichen Mitgliedern ein wöchentlich Beitrag von 20 Pfennig erhoben wird, wovon 4 Pfennig an die Kreisarbeitsgemeinschaft abgeführt werden. Als Kassierer wird Franz Puttfarcken, Belenhorst, bestimmt.

Zum Schluß sprachen die Genossen Verdieck und Meyer-Lauenburg über die jetzt notwendige Organisationsarbeit.

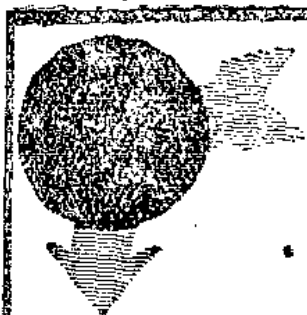
Die beiden Chinesen.

Skizze von Max Dorn.

Wenn ich ihre Namen auf Chinesisch sage, dann versteht niemand das Besondere dieser Namen, darum spreche ich deutsch. Der eine Chinese hieß „Hauspuh“, der andere hieß „Siebenjad“. Beide waren Soldaten aus gegnerischen Armeen. Beide lagen im Lazarett von Shanghai, beide hatten Wundschüsse, sie flüchteten, und sie wußten, daß sie sterben mußten.

Da hob „Hauspuh“ seine heiße Hand ans Bett des feindsigen Kameraden hinüber, und friedlich sprach sein Herz: „Du, Siebenjad, warum haben wir eigentlich aufeinander geschossen?“ „Siebenjad“ erwiderte: „Weil die Reichen kreieren.“ „Hauspuh“ warf erregt ein: „Was geht das denn uns an?“ „Siebenjad“ sagte ganz leise, und keine Stimme jitzerte: „Das geht uns gar nichts an, nur hat der Streik der Reichen die Wirkung, daß wir Armen uns gegenseitig in die Wände schießen.“

Kuß! hier kommt der Doktor.



**KAUFHAUS
DES OSTENS**
Fr. Wehrendt,
Lübeck,
Unt. Mühlen 110
(153)

Herrn- und
Burschen-
Garderoben
Damen- u. Kinder-
Garderoben
Baumwollwaren
Stoffe — Gardinen
Sämtl. Schuhwaren

Das Fernsprechamt Lübeck

wird in nächster Zeit automatisiert

Wir übernehmen die Umänderung sämtlicher Privat-
anlagen ohne Unterschied der Systeme mit best-
geschultem Spezialpersonal. Fordern Sie heute
noch den unverbindlichen Besuch eines Ingenieurs

Lübecker Telefon-Gesellschaft

Tel. 184 u. 398

m. b. H.

Handelshof

Keine
Betriebsstörung
Billigste Berechnung

322



Vom Reichs-
postministerium
zugelassen

Böltische Führer

50 Heldenbilder

Eine Kautschuk-
Heinz Eisgruber

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen:
Buchhandlung
Lübecker Volksbote

Zigarren
eigenes Fabrikat
nur gute Tabake
C. Wittfoot
Obere Hüxstrasse 18

Das Revolutionsmännchen in Wimmelshausen

Eine weitere Geschichte
von Otto Grothmann

Preis 1.50 Mk.

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46



Für eigenen Bedarf kaufe:
Karin-, Hasen-, Katzenfelle, sowie MIs,
Marder, Maulwurf zu höchsten Preisen
Felz-Spezialgeschäft Hermann Boy
Sandstr. 21 (gegenüber Hotel Stadt Hamburg)

Sonntage eines Großstädtlers in der Natur

Von Kurt Gottewig
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche

gebunden Mk. 2.25

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

In unserem am Freitag, dem 9. Januar beginnenden Inventur-Ausverkauf

gelangen nur Qualitätswaren zum Verkauf

Nessel für Leibwäsche . . . Meter	48.3	Einsatz-Hemden . . .	2.95	2.75
Nessel f. Bettwäsche, 140 cm Meter	1.45	Normal-Hemden . . .	2.95	2.75
Bettbezugstoffe 140 cm br. Mtr.	1.75	Normal-Hosen	2.75	2.45
Bettbezüge 140x200 cm . . .	5.95	Arbeitshemden weiß m. bl. Str.	2.95	
Bettflaken 140x225 cm	2.95	Schlosser-Hosen u.-Jacken	3.50	
Kissenbezüge 75x75 cm	98.3	Pilothosen gestreift	5.95	
Kissenbezüge mit Längelle .	1.95	Manchester-Hosen gute Qual.	10.80	
Frottier-Handtücher	1.95	Arbeits-Westen	3.95	
Bettflaken Halbleinen . . . Meter	2.50	Frauenstrümpfe schw. Qualit.	98.3	
Damast 140 cm breit . . . Meter	2.75	Herren-Socken schw. Qualität	58.3	
Inletts lederdicht, 140 cm Meter	3.75	Herren-Socken reine Wolle .	1.65	
Militär-Barchent Meter	95.3	Herren-Futter-Unterhosen	3.95	
Schlosser-Flanell Meter	95.3	Damen-Futter-Tailen	1.95	
Blusenstoffe Popeline . . . Meter	1.95	Strickwesten in allen Farben .	9.50	
Rockbarchent gestreift Meter	98.3	Herren-Lodenjoppen gelüft.	14.50	

Große Posten Damen- u. Kinder-Reform-Hosen mit **30% Rabatt**

Norddeutscher Textilvertrieb G. m. b. H.

Zweiggeschäft: **Königstr. 30-32** Zweiggeschäft: **Reiferstraße 19**

816

Noch einige Exemplare vorhanden!



Er erschienen. Mit 62 Illustrationen, einem Drei-
farbendruck, Wandnotizkalender und vierfarbigem
Umschlag. 30 Seiten stark. **Preis 60 Pfennig.**

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

**Geschichte
der deutschen Sozialdemokratie**
von Franz Mehring — 2 Bände 16.— Mark
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

**Böltisch-
kommunistische
Einigung**
von
Graf Ernst Reventlow
Preis 10 Pfg.
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46



INVALIDENDANK
ANNONCEN-EXPEDITION
Kiel, Schuhmachersstr. 31

Paul Fiedler

Psychologe und Naturheilkundiger

Braunstraße 22 **Lübeck** Telefon 3451

Sprechstunden werktätlich von 8—1 und 3—6 Uhr

Behandlung aller Krankheiten

Lübeck, den 20. 11. 24.
Sehr geehrter Herr Direktor Fiedler!
Teile Ihnen hierdurch mit, daß ich von
meinem sehr schwerem Nervenleiden fast
gelähmt war und sogar die Sprache ver-
loren hatte und mir keine Ärzte mehr
helfen konnten. Da kam ich zufälligerweise
zu Ihnen in Behandlung. Nach fast sieben-
monatlicher Behandlung von Ihnen wurde
ich dann gänzlich geheilt und spreche Ihnen
hierdurch meinen herzlichsten Dank aus.
Ich werde sie stets in meinem Bekannten-
kreis sehr empfehlen.
Mit freundlichem Gruß
gez. Lili Busch,
Lübeck, Segebergstr. 19, III.

Gut Schönkamp, 31. Dez. 1924.
b. Kurau t. D.
Sehr geehrter Herr Direktor!
Hierdurch teile ich Ihnen ergebenst mit,
daß ich durch Ihre Behandlung von mei-
nem chronischen Bronchialkatarrh, mit dem
ich seit Februar 1924 behaftet war, von
Ihnen nach einmaliger Behandlung heute
gänzlich geheilt bin. Mein Arzt konnte
nichts mehr mit mir anfangen; er gab
mir Linderungsmittel und dabei blieb es.
Durch die Zeitung erfuhr ich von Ihrer
Heilmethode und bin ich Ihnen nächst Gott,
da ich bereits nach der 4. Behandlung mich
sehr wohl fühlte, trotz meiner 61 Jahre, sehr
dankbar.
gez.: Frau Maria Dührkop.

Lübeck, den 7. November 1924.
Schönkampstr. 185
Sehr geehrter Herr Fiedler!
Vor circa einem halben Jahre stellten sich bei mir Magenschmerzen (Magengeschwüre)
ein, verbunden mit Appetitlosigkeit. Ich konnte keine Nahrung mehr zu mir nehmen.
Durch Bekannte hörte ich von Ihrem erfolgreichen Wirken und begab mich, um dieses
Leiden loszuwerden, zu Ihnen. Ich war vom 27. September d. J. bis zum letzten Tage
in Ihrer Behandlung und bin auf Grund der mit verordneten Kur, die ich streng durch-
geführt habe, heute vollkommen gesund. Ihr Tee gefällt mir sehr gut und werde ich
ihn weiter trinken.
Ich werde Sie in meinem Bekanntenkreis weiter empfehlen und bin Ihre
gez.: Frau Hamann.

Inventur-Ausverkauf

Freitag, d. 9., u. dauert bis einschl. Montag, d. 19. Januar

Rücksichtslos sind die Preise herabgesetzt! Beachten-Sie bitte meine Auslagen!

Reste An alle regulären Waren Reste
enorm billig! **10% Rabatt** enorm billig!

Breite Str. **Max Jaacks** Breite Str.
38 **38**
Manufaktur- und Aussteuer-Geschäft — Kurzwaren

Zu spät!



Es ist das unerbittliche Los vieler Menschen, zu früh zu sterben, oder zu sterben, ohne die Möglichkeit einer Verlängerung des Lebens erkannt zu haben. In zahlreichen Fällen mußten die Aerzte konstatieren, daß Viele ihre Krankheit erst dann erkannten, als es zu spät war, und deswegen vorzeitig starben. Diese Fälle sind so häufig, daß man sie nur mit Grausen und doch mit unendlichem Bedauern feststellen muß. Die Menschen quälten sich und starben früh, es wäre ihnen aber leicht zu helfen gewesen!

Die tiefere Ursache der weitaus meisten Erkrankungen ist die Unwissenheit der Menschen. Niemand, wahrscheinlich auch Sie nicht, scheint zu wissen, daß fast alle Leiden durch unreines Blut entstehen oder begünstigt werden. Es ist bedauerlich, daß so vielen Tausenden diese unumstößliche Wahrheit verschlossen ist. Lassen Sie sich endlich aufklären, wie wir schon viele aufgeklärt und vielen dadurch geholfen haben.

Nur ein gesunder Mensch vermag allen Krankheiten zu widerstehen.

Nur gesundes Blut vermag Krankheitskeime energisch auszumerzen.

Nur ein Gesunder wird seines Lebens stark und froh.

Nur aus gesunden Menschen setzt sich ein glückliches Volk zusammen.

Woran aber merken Sie, daß Ihr Blut unrein ist? Das kann man sehr deutlich spüren, wenn man sich nur ein wenig selbst beobachtet. Unser Organismus will uns nämlich auf den Gefährzustand aufmerksam machen, in dem wir uns befinden, wenn unser Blut unrein und verdorben ist. Diese kleinen Warnungszeichen sind: Mattigkeit, Schlaflosigkeit, Flimmern vor den Augen, Schwindelanfälle, Krämpfe, Schmerzen in den Gliedern, in der Brust, im Rücken, Appetitlosigkeit, Stuhlträgheit, Durchfall, Blutwallerungen, Zittern der Glieder, blitzartige, schießende Schmerzen, Ameisenlaufen, Hautjucken, Kopfschmerzen, schlechte Verdauung, Nachtschweiß, Kalte Füße, Leiden des Herzens, der Nieren, der Galle, der Leber, Hämorrhoiden, Flechten, Ausschläge, Gicht, Zuckerkrankheit, KorpuLENZ, dauernde Katarrhe des Halses, der Nase, der Ohren, die gefürchtete Adernverkalkung und als Folgen derselben langwierige Beinschäden usw.

Wenn Sie auf Ehre und Gewissen gefragt würden, ob Sie schon eine oder mehrere der eben genannten Beschwerden verspürt haben, so werden Sie sicher mit „ja“ antworten müssen.

Schaffen Sie sich möglichst, heute noch, auf jed. Fall ABHILFE!

oder haben Sie die Absicht, einen qualvollen, frühen Tod zu sterben?

Verzweifeln Sie aber nicht, Hilfe ist nahe und leicht. Ihnen fehlt nichts als eine Blut-Erneuerungs- und Kräftigungs-Kur. Probieren Sie aber nicht erst wertlose Mittelchen, sondern nehmen Sie gleich das richtige, Bewährte, es könnte sonst zu spät werden. Sie kommen nämlich viele Präparate, die alle eine

Hier abtrennen!

Postkarte

Karten, die nicht genügend oder garnicht frankiert sind, werden nicht angenommen.

Herren

Dr. med. Robert Hahn & Co.

G. m. b. H.

Magdeburg

durchgreifende, gründliche Blutreinigungskur versprechen, in den Handel. U scheiden Sie aber scharf zwischen Schwindelmitteln und realen Präparat Schwindelmittel verschweigen oder verschleiern ihr Rezept, werden häufig bei licherseits verboten, bestehen aus wertlosen Stoffen, und können niemand he

Das Blut ist im wahren Sinne des Wortes der Lebenssaft. Es versorgt Teile des Körpers mit Nahrung, die es aus den Verdauungsorganen mitnimmt da absetzt, wo sie gebraucht wird, und es versorgt auch alle Teile mit Sauerstoff der nötig ist, um die Nährstoffe dem Körper nutzbar zu ma Den Sauerstoff nimmt es auf, während es die Lunge durchströmt.

Es beseitigt ferner aus dem Körper alle unverbrauchten Reste und schädli Stoffe. Schädliche Bakterien, die in den Körper eindringen, vermag es zu t solange es selbst gesund und unverdorben ist. Wird der Körper verwunde führt es Reservestoffe herbei, welche die Wundhöhlung ausfüllen und schlie

Zu diesen Leistungen ist das Blut fähig vermöge seiner besonderen chemis Zusammensetzung. Daß es z. B. in der Lunge Sauerstoff aufnehmen kann, be darauf, daß es organische Eisenverbindungen enthält, welche den Sauer begierig anziehen. Und in gleicher Weise wird jede Arbeit, die das Blut Körper zu leisten hat, ermöglicht durch seinen Gehalt an bestimmten mineralis Stoffen. Diese müssen in richtiger Menge, nicht zu viel und nicht zu w vorhanden sein, sonst kommt der Lebensprozeß in Unordnung, die einze Organe des Körpers leiden. Mangel an Nährstoffen oder an Sauerstoff, ode sammeln sich unverbrauchte Reste an, oder eindringende Bakterien werden r mehr abgetötet, sondern vermehren sich und verursachen Krankheiten.

Das ist das ganze Geheimnis fast aller Krankheiten

Daß 80 % aller Menschen vor dem 60. Lebensjahre sterben, beruht also nur da daß bei mehr als 80 % die chemische Zusammensetzung des Blutes nicht mehr in nung ist. Diese Stoffe müssen ersetzt werden, und welche wirklich-erstaunli Resultate dadurch erreicht werden, beweisen folgende Krankengeschichten:

Salvito bei Nierenleiden glänzend gewirkt.
„Habe Ihre zweite Sendung Salvito erhalten und genau nach Vorschrift eingenommen, hat glänzend gewirkt. Bin vor 2 Jahren verunglückt und hatte dadurch dauernde Nierenleiden davongetragen, es konnte mir kein Arzt helfen. Ich wäre langsam dahingesiecht, wenn ich nicht zu Ihrem Gesundheitswiederhersteller Salvito gegriffen hätte.“
Dannenrod, den 4. 8. 24. Arno Horn.
Schwere Atemnot und Schwindelfälle durch Salvito in wenigen Tagen geändert.
„Ich habe eine Kur mit Salvito gebraucht. Ich bin ein Mann von 78 Jahren, erfreute mich stets einer robusten Gesundheit. Im Verlaufe des letzten Jahres stellte sich aber bei mir schwere Atem-

not ein, die sich mit der Zeit bis zur Unerträ keit steigerte. Verbunden damit waren schwe Schwindelanfälle derart, daß ich, wenn ich nicht anhalten konnte, umgefallen bin. Aufe hatte ich keine Ruhe und keine Rast, war un zu denken. Das alles hat sich in wenigen 7 nach Gebrauch des Salvito geändert, ich bin Sie auch in Ihrem Schreiben andeuten, ein anderer, zufriedener Mensch geworden, ich meine Ruhe wiedergefunden und dafür sprech Ihnen meinen aufrichtigsten Dank aus und v immer, wo ich kann, Ihr Präparat empfele Jedenfalls bleibe ich Ihnen ein treuer Patie Mickendorf, den 4. 8. 24. Franz Blumenbe Potsdamer Str. 50.

In unzähligen Dankschreiben bestätigen Alte und Junge, Männer und Fra daß ihnen

Dr. med. Robert Hahn's „Salvito“

in kurzer Zeit geholfen hat. Das geschah durch Verbesserung und Verjüng des Blutes ohne jede sonstige Kur. In Dr. med. Robert Hahn's „Salvito haben wir ein souveränes Mittel, welches durch das Blut in le aufnahmefähiger Form dem Organismus jene lebenswichtigen Salze restlos zufü deren er zu einem ordnungsmäßigen Aufbau und zum einwandfreien Funktionie aller Organe unbedingt bedarf, und die in der täglichen Nahrung nicht, oder d nur in verschwindend kleiner Menge enthalten sind. Das genaue Rezept lau

Ac.-Alph. Phen.-cinch.-anth. 1,900	Sacch. lactis 1,600	Extract chinae
Calcium-biphosphoric. 1,500	Magnes. usta 1,500	Extract condurango
Natrium-biphosphoric. 1,800	Ferr. oxyd. saccharat 3,000	Extract cascara, entbittert
Extract-colae 1,000	Calc. carbon praecip. puriss. 2,000	Phenolphthalein
Organische Salze der Milch mit allen Vitaminen 6,000	Extract aloe 0,100	Ol ricini
	Elixier auranti 0,250	Pancreatin

Der Ruf um Hilfe, der von Hunderttausenden von Leidenden ausgeht, uns veranlaßt, denen, die schon viele Mittel nutzlos

sucht haben und nun mutlos geworden sind, ein besonderes Anerbieten zu machen. Wir senden eine Probedose gratis zum Versuchen an je der uns seine Adresse mitteilt. Man schneide von diesem Blatte unten die P karte ab, schreibe seine genaue Adresse darauf und schicke sie uns. Kein C mitsenden! Wir schicken die Probe und eine wichtige Broschüre: „Die Ku

Herren Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg

Unterzeichneter ist Leser der Zeitung und ersucht auf Grund Ihres Angebotes in der eben um eine

kostenlose Probedosis Salvito

sowie um das lehrreiche Buch: **Die Kunst, das Leben zu verlängern.** Beides ist kostenlos, portofrei und unverbindlich in verschlossenem Brief zu senden.

Genauere Adresse: Herr:
Frau:
Fräulein:

Stand:

Ort und Straße:

Genauere Postbezeichnung: Deutliche Schrift unbedingt abgeben.

das Leben zu verlängern“ so kostenlos portofrei.
Es braucht niemand zu geben, aber je sollte sich tü zeugen, daß Hilfe gibt.
Man tue es fort, denn je Tag Krankh ist ein Tag l glück, jeder Gesundheit ist Stück neues ben! Warum nur einen Tag ger leiden, w man es verme kann! Schreib Sie sofort! Dr. med. Robert Hahn & Co. G. m. b. H. Magdeburg